////////////////////////////////////////////////////

# S D S - K O R R E S P O N D E N Z

////////////////////////////////////////////////////

Nr. 7 März 1968



Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen

Deutschen Studentenbundes ( SDS )

6000 Franfurt am Main, Wilhelm Hauff-Str. 5, T. 776068

Arnhelm Neusüss

# "PARLAMENTARISCHE AKTION" DER AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION

Unterm Begriff einer "parlamentarischen Aktion" kommt im SDS allmählich die Diskussion des Verhaltens zur Bundestagswahl 1969, und damit des Verhaltens zum Parlamentarismus in Gang. Im Begriff der "parlamentarischen Aktion" droht aber zweierlei ungeschieden zusammengepreßt zu werden, nämlich 1. die Frage der Beteiligung am Wahlkampf, 2. die Frage der Arbeit fundamentaloppositioneller Abgeordneter im Parlament - nach einem vielleicht erfolgreichen Wahlkampf. Damit aber ist dieser Begriff geeignet zu verunklären, was die Diskussion gerade klären soll. Denn Betonungsvarianten dieser beiden im Begriff der "parlamentarischen Aktion" zusammengefaßten Momente können zu sehr unterschiedlichen praktischen Folgerungen führen. Dies sei im folgenden verdeutlicht.

I.

Genosse Schauer legt in seinem Diskussionsbeitrag ("Der lange Marsch vor der Institution des Parlaments") großes Gewicht auf die Feststellung, daß das geplante Mehrheitswahlrecht sich gegen die Linke richtet, daß also "die antikapitalistischen Kräfte ... der Möglichkeit der parlamentarischen Aktion beraubt werden" sollen. Bestimmt Schauer den Begriff "parlamentarische Aktion" in einer Apposition durch: "Wahlkampf und Arbeit im Parlament", so kann sich die bezeichnete Auswirkung des Mehrheitswahlrechts nur auf das zweite Moment, die Arbeit im Parlament, beziehen. Denn die Möglichkeit, in Wahlkämpfen politisierend zu wirken, würde uns auch durch das Mehrheitswahlrecht nicht genommen. So liegt folgende Deutung der Argumentation Schauers nahe: da es Ziel der herrschenden Parteioligarchie ist, die Linke mittels Mehrheitswahlrecht aus dem Parlament zu halten, müsse es Ziel der Fundamentalopposition sein, das Mehrheitswahlrecht zu verhindern, um sich den Weg ins Parlament offen zu halten. Damit werden die mutmaßlichen negativen Ziele der Parteioligarchie identisch mit der Negation unserer eigenen positiven Ziele, vorab: ins Parlament zu kommen. Darüber aber wäre gerade zu reden.

II.

Die noch nicht mittels Mehrheitswahlrecht abgedichtete Bundestagswahl 1969 könnte (sofern es gelingt, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen, und ein Nichtgelingen wäre nach einem Wahlkampf, der auf dieses Ziel abstellt. politisch möglicherweise katastrophaler als selbst ein abstrakter Wahlboykott) einige Fundamentaloppositionelle ins Parlament bringen (also vielleicht ca. 25). Das könnte die etablierten Parteien kaum schrecken. Man muß sich dabei sehr konkretistisch die dürftigen Wirkmöglichkeiten dieser numerisch minimalen Opposition vor Augen führen, die keinerlei Machtfaktor im innerparlamentarischen Positionskampf darstellen würde, deshalb auch keinerlei Einfluß auf die konkrete Arbeit in Ausschüssen nehmen könnte, die also in ihrer Hoffnung auf politisierende Wirksamkeit einzig auf eine über das Parlament hinausreichende Publizität (die sich wiederum nur bei den nicht zufällig sehr seltenen Plenumsdebatten und in manipulierten Fragestunden überhaupt herstellen ließe) angewiesen wäre: diese Illusion geht aber von einer nichtmanipulierten Öffentlichkeit aus, was jenen Erfahrungen und theoretischen Einsichten spottet, die bisher zu den Prämissen der SDS-Politik zählten. Andererseits wäre jedoch die Anwesenheit der Linken im Parlament - gerade auch im Zusammenklang mit den nach 1969 dort zweifellos anwesenden NPD-Leuten - ein Gewinn für das politische System: sie hilft eben das aufrechtzuerhalten und zu bestärken, was die Fundamentalopposition - und darin besteht wohl Einigkeit - gerade destruieren will: den Scheincharakter des parlamentarischen Systems.

III.

Das Parlament ist für uns als Plattform politisierender Wirksamkeit uninteressant, möglicherweise sogar schädlich. Kokettierend mit Parolen des antiautoritären Lagers schreibt Schauer: "Der lange Marsch durch die Institutionen kann nicht vor dem Parlament halt machen". Gut. Aber diese Forderung ist keineswegs identisch mit der, im Parlament aufzutreten. Wie die Rede vom langen Marsch niemals bedeuten sollte, die einzelnen Institutionen der Reihe nach von innen heraus zu

demokratisieren, um mosaikartig eine demokratische Gesellschaft herzustellen, so wäre eine solche Vorstellung bei der Institution Parlament vollends abwegig. Das ist auch kaum gemeint, was aber dann? Es komme darauf an, das "System der Herrschaft zu entschleiern" (Schauer). Dann muß man sich aber über die qualitative Differenz zwischen der Institution Parlament und jenen Institutionen, vorab der Universität, durch die der lange Marsch führen soll, im klaren sein. Das Parlament kann hier nicht einfach eingereiht werden: an ihm muß die in den übrigen Institutionen erfolgversprechende Technik der Herrschaftsentschleierung notwendig scheitern: das Parlament birgt nicht Herrschaft und Beherrschte in sich selbst, wie die anderen Institutionen, vielmehr ist es, was eben gezeigt werden soll, ein reines Herrschaftsinstrument, dessen Adressaten sich außerhalb befinden. Eine Politik, die aus einem wichtigen Herrschaftsinstrument heraus, das gesamtgesellschaftliche Herrschaftsstrukturen verschleiern soll, diese Herrschaftsstrukturen entschleiern will, wäre dazu angetan, das Gegenteil zu beweisen: daß es sich nämlich nicht um ein Herrschaftsinstrument, sondern um einen immer noch relativ unabhängigen und relevanten Ort des offenen Austrags gesellschaftlicher Konflikte handle, was eben als das hochgehaltene Selbstverständnis des Parlamentarismus dessen Scheincharakter gerade ausmacht. Theoretisch besteht über diesen Scheincharakter und seine funktionale Bedeutung fürs gesellschaftliche System innerhalb des SDS weithin Übereinstimmung - selbst unter denen, die keine praktische Konsequenzen daraus ziehen wollen.

IV.

Besonders deutlich wird dies an dem Aufsatz des Genossen Frank Deppe ("Parlamentarismus", neue kritik 44), der mehrfach Agnoli zitiert: auf Deppe wiederum beruft sich auch Schauer. War, dahin läßt sich diese fundamentale Parlamentarismuskritik zusammenfassen, das Parlament jemals, was bezweifelt werden muß, die Austragungsstätte gesellschaftlicher Konflikte, der Ort der Erörterung gesellschaftlicher Alternativen, so hätte es diesen Charakter heute jedenfalls völlig verloren. In diesem Sinne entfunktionalisiert, ist es, wie Deppe richtig feststellt, im herrschaftsinstrumentalen Sinne zugleich

funktionalisiert worden, wobei der Schein einer demokratischen Legitimation selbst noch zu den herrschaftsinstrumentalen Funktionen gehört. Auf diese ideologische Funktion setzt aber nun das Argument, eine parlamentarische Arbeit der Linken sei chancenreich und notwendig: da sich das Parlament selbst als Forum der Erörterung gesellschaftlicher Alternativen legitimiere, könne dessen eigene Ideologie also beim Wort genommen werden, um sie als solche zu entlarven und den herrschaftsinstrumentalen Charakter des Parlaments bloßzulegen; da der Parlamentarismus den Schein seiner demokratischen Legitimierung dringend benötige, um manipulativ wirken zu können, sei gerade dies seine Schwäche. Das mag so sein. Aber ich sehe nicht, wie sich daraus ergeben soll, diese Schwäche sei im Rahmen des Parlaments selbst zu nutzen; daß es nötig sein soll, um den Scheincharakter des Parlamentarismus zu entschleiern, an diesem teilzunehmen. In der Tat fehlt dieser Argumentation das Wesentliche: die Begründung. "Würden", heißt es bei Deppe, "bereits heute sozialistische oder kommunistische Abgeordnete im Parlament den Klassencharakter der Regierungsentscheidungen oder den Bedeutungsschwund des Parlaments entschleiern, so könnte" - ja, was könnte dann? -: "damit der Einfluß auf die Mobilisierung von Teilen der Werktätigen zu außerparlamentarischer Aktion (!) entscheidend erweitert werden". Nun sitzen zufälligerweise heute weder Sozialisten noch Kommunisten im westdeutschen Parlament, aber das Wörtchen "bereits" unterstellt, daß dies immerhin morgen noch zu machen sei, entschlössen wir uns nur, Sozialisten ins Parlament zu schicken. Gelänge uns das sogar mit einigen wenigen, so hätten sie dort und von dort, wie gesagt, keine Wirkmöglichkeiten. Es ist ja gerade das Kennzeichen eines weit fortgeschrittenen Bedeutungsschwunds des Parlaments, daß Fundamentalopposition in ihm nicht mehr artikuliert wird und werden kann. Wo Sozialisten und Kommunisten noch massiv genug in Parlamenten sitzen, daß sie entscheidende Wirksamkeit entfalten können, dort ist der Bedeutungsschwund des Parlaments eben noch nicht so weit fortgeschritten, daß er evident zu entschleiern wäre. Wir müssen hierzulande von der Realität eines weitgehend vollendeten und in absehbarer Zeit nicht revozierbaren Bedeutungsschwunds des Parlaments als demokratischer Institution und seiner

Funktionalisierung als Herrschaftsinstrument ausgehen, wie sie Deppe und Agnoli analysiert haben, und nicht, wie Deppe, von einer trotz solch stichhaltiger Analyse hinterrücks wieder eingeführten Fiktion, die - möglicherweise an den für uns abstrakten Mustern französischer und italienischer Verhältnisse unhistorisch orientiert - nichts anderes unterstellt, als daß der Bedeutungsschwund eben doch noch nicht so weit fortgeschritten sei. Es hilft nicht weiter, sich selbst Lügen zu strafen.

V.

Für eine fundamentaloppositionelle Politik kann es sich nicht mehr darum handeln, ins Parlament zu kommen, weil damit alle Einsichten über dessen gegenwärtigen Charakter desavouiert würden. Deshalb wirkt folgende Konklusion so schizophren: "Da heute die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gegenüber der Macht des Monokapitals in den Parlamenten nicht vertreten werden, wird die sozialistische Opposition alle realistischen Wege beschreiten, um Sozialisten in die Parlamente zu entsenden" (Informationen der sozialistischen Opposition 4/68, S. 18). Es gibt keine realistischen Wege in die Parlamente, weil die Idee solcher Wege selbst schon irreal ist. Die "Entschleierung des parlamentarischen Fetischs" (Deppe) kann kaum mit dessen eigener Hilfe bewerkstelligt werden. Dagegen ist der Wahlkampf eine hervorragend geeignete Plattform für die Zerstörung des parlamentarischen Scheins. Und nur für den Wahlkampf, nicht für eine parlamentarische Arbeit der Linken, kann auch jenes zentrale Argument angeführt werden, das gern zur Begründung der Notwendigkeit linker Parlamentsabgeordneter herangezogen wird: nämlich die Tatsache "auf 'Bonn' fixierter, breiter Wählerschichten" (Schauer), das Argument also, daß man die politisch in der parlamentarischen Vorstellungswelt befangenen Bevölkerung nur innerhalb dieser Vorstellungswelt ansprechen könne. Diese gerade abzubauende Vorstellungswelt würde jedoch nur bestärkt, wenn man sich so weit auf sie einließe, daß die Entsendung linker Parlamentarier öffentlich als Ziel der Linken erschiene. Schauer hat dies durchaus in Rechnung gestellt, aber bloß die Konsequenz daraus gezogen, man dürfe "keine feste Partei mit

einem geschlossenen Programm" gründen, was in der Tat völlig abwegig wäre. Dagegen hält er am Ziel parlamentarischer Arbeit gleichwohl fest, wenn auch mit der etwas vagen Zusatzbestimmung, daß sie "eindeutig auf dem bisherigen außerparlamentarischen Fundament" beruhen und dessen "Hegemonie" anerkennen müsse, worin sich die Furcht vor einer parlamentarischen Verselbständigung der gewählten Vertreter der Linken ausdrücken mag. Die Frage des Programms ist aber relativ unwesentlich: es gilt vor allem zu klären, ob es überhaupt ein Ziel sein kann, linke Parlamentarier zu entsenden.

VI.

Die Teilnahme am Wahlkampf darf einzig als Teil der außerparlamentarischen Aktion begriffen werden, die "parlamentarische Aktion" muß außerparlamentarische bleiben. Deshalb darf es keinesfalls auch nur so scheinen, als ob die Linke "formal mit den etablierten Parteien konkurrierte" (Schauer): dies wäre ebenso schädlich, wie ein abstrakter Wahlboykott politisch sinnlos wäre, weil er die Chance, politisierend im Wahlkampf zu wirken, vorab preisgäbe. Die Situation bezeichnet zweifellos ein objektives Dilemma; es ist ein äußerst schwieriger, aber notwendiger Balanceakt, genau die beiden Gefahren entgehende Mitte zu halten. Genosse Krahl hat das Dilemma gut begriffen, aber wiederum falsche Konsequenzen daraus gezogen. Was er in der Essener Politkomiteesitzung als "positive Option" empfahl, reproduziert die Verlegenheit, in der wir uns befinden, und die im Begriff der "parlamentarischen Aktion" ebenso präsent ist, wenn auch mit anderen Vorzeichen. Verschleiert der Begriff der "parlamentarischen Aktion" das Dilemma, so versucht der der "positiven Option" es im Handstreich zu erledigen: gemeint war eine ziemlich negative Option im Rahmen der "positiven" Institution des Wahlkampfes, eine Art groß angelegten Happenings, bei dem angeblich wählbare Kandidaten der Linken als Kasperlefiguren die Institution des Wahlkampfes und des Parlaments ad absurdum führen sollen. Solch positive Option liefe auf eine klare Dupierung der Wähler hinaus (etwa trotz allem ins Parlament gewählte Linke sollten sich dort, hieß es, dann so benehmen, daß sie postwendend rausgeschmissen würden - ein mehr litera-

rischer Gedanke). Ein schlichter Wahlboykott wäre dagegen politisch jedenfalls unschädlicher.

VII.

Ist es Aufgabe der "parlamentarischen Aktion", den Fetischcharakter des Parlaments zu entschleiern, so kommt es darauf an, den Wahlkampf so zu führen, daß er zu einer sichtbaren Stärkung der außerparlamentarischen Opposition beiträgt. Ein wenn auch begründeter Wahlboykott leistet darin gewiß weniger als eine aktive Teilnahme, zu der auch die Aufstellung von Kandidaten gehören muß. Doch ist während des Wahlkampfes ständig zu verdeutlichen, daß es der Linken nicht um eine - vorab fiktive - Wiederbelegung parlamentarischer Opposition gehen kann, sondern um eine reale Stärkung der außerparlamentarischen. Der Wahlkampf muß zur Stimmabgabe für die außerparlamentarische Opposition umfunktioniert werden. Wer primär ins Parlament will oder auch nur diesen Anschein erweckt, kann nicht zugleich Aufklärung über den demokratischen Bedeutungsschwund des Parlaments und seine antidemokratische Funktionalisierung ernsthaft betreiben. Mit Recht müßte jedermann sich fragen, warum derart argumentierende Leute dann überhaupt ins Parlament wollen. Im Wahlkampf muß der herrschaftsinstrumentale Charakter des Parlaments z. B. an der Notstandsplanung oder am beabsichtigten Mehrheitswahlrecht (dies aber nicht mit dem Argument, daß die Linke mit der Wahlrechtsmanipulation aus dem Paralmant gehalten wird, sondern mit dem, daß sie aus dem Parlament gehalten werden soll: eine entscheidende Differenz, wollen wir nicht den Eindruck erwecken, als hinge unser politisches Wohl und Wehe von der Wahlrechtsmanipulation ab) verdeutlicht werden, es muß gezeigt werden, daß eine radikaldemokratische, sozialistische Politik im Parlament nicht mehr mit irgendeiner Hoffnung auf auch nur minimale Erfolge betrieben werden kann. So müssen wir nicht mit der Fiktion operieren, gewählte Vertreter der Linken könnten im Parlament irgendeinen Effekt haben: auch dies wäre nämlich eine Dupierung der Wähler. Dagegen kann man jedem potentiellen Wähler verdeutlichen, daß seine Stimmabgabe für die Linke politische Folgen hat: notwendiger-

weise nicht im Parlament, aber als Demonstration der wachsenden Stärke der außerparlamentarischen Opposition und deren Möglichkeit, Druck auf die Institutionen auszuüben. Durch Umwandlung des passiven Protests in einen aktiven mittels Stimmabgabe werden die psychologisch negativen Folgen eines Wahlboykotts ebenso vermieden wie eine Bestätigung des parlamentarischen Scheins. Wenn nach einem in diesem Sinne geführten Wahlkampf dann - als Nebeneffekt - einige Vertreter der Linken ins Parlament kommen sollten, so befänden sie sich in keinerlei Rollenkonflikt, müßten den Wählern keine politische Effektivität im Parlament vorgaukeln, sondern könnten im bescheidenen Rahmen der Möglichkeiten stets als Vertreter der außerparlamentarischen Opposition fungieren, da sie vorab nichts anderes wären als die personelle Manifestation der wachsenden Stärke der Fundamentalopposition. Im übrigen würde bei einem in diesem Sinne geführten Wahlkampf auch eine "Niederlage" eben kaum als Niederlage erscheinen können.

VIII.

Die so verstandene "parlamentarische Aktion" kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn sie in den Rahmen längerfristiger strategischer und organisatorischer Konzeptionen der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung eingefügt wird. Die kommenden Diskussionen sollten sich deshalb vor allem der Erörterung und Entwicklung solcher Konzeptionen widmen. Die bloße Durchführung einer Wahlkampfaktion im Sinne einer neuen ein-Punkt-Bewegung wäre eine verpaßte Chance, die außerparlamentarische Oppositionsbewegung auf eine neue Stufe ihres theoretischen Selbstverständnisses und ihres organisatorischen Zusammenhaltes zu heben. Es ist richtig, wenn Schauer sagt: "Letztlich entscheidend für die Wahlbeteiligung ist aber die Möglichkeit, das gesamte in den bisherigen Auseinandersetzungen entwickelte radikaldemokratische, antikapitalistische Potential in einer gemeinsamen, großen Aktion zusammenzufassen, auszuweiten und den etablierten Kräften entgegenzustellen. Die Linke muß jetzt zeigen und selbst prüfen, wozu sie politisch und organisatorisch in einer Gesamtaktion fähig ist". Doch

genügt es nicht, sich einen solchen Befähigungsnachweis auszustellen, vielmehr muß die durch den Wahlkampf gewonnene neue Qualität der fundamentaloppositionellen Bewegung zur Plattform der weiteren politischen Arbeit werden. Die Schaffung dieser Plattform wäre der eigentliche politische Effekt der "parlamentarischen Aktion", sie muß daher theoretisch und praktisch auf diesen über 1969 hinausreichenden Zweck zugeschnitten werden. Es scheint einleuchtend, daß dieser Zweck nicht erreicht werden kann, wenn der Wahlkampf in den Dienst einer möglichen Entsendung oppositioneller Parlamentarier gestellt würde.

Auszüge aus einem Brief von Fritz Lamm, Stuttgart

... Ich kann mir denken, daß vor allem die Genossen meiner Generation daran denken, daß wir zu den Bundestagswahlen eine Alternativpartei brauchen. Ich bin gegen eine solche Partei und will einige meiner wichtigsten Argumente darlegen.

Zuvor eine Einschränkung: Ich bin allerdings der Meinung, daß man nicht jahrelang Ostern marschieren und demonstrieren kann gegen Aufrüstung und Westbündnis, gegen Notstandsgesetze und für Aufbau sozialer und kultureller demokratischer Institutionen, für den Schutz der Demokratie - und dann anläßlich der Wahlen - den Ostermarschierern keine Alternative bietet. Ebenso fragen die Anhänger der Kuratoriumsbewegung "Notstand der Demokratie" natürlich, wen und was sie nun wählen sollen - und viele andere auch: Ich bin für Alternative, aber gegen Partei.

Da unsere Mitstreiter und die von uns Mobilisierten oder Infiltrierten unter Demokratie vor allem Parlamentarismus und Beteiligung an Wahlen verstehen, werden wir auch nicht umhin können, etwas anzubieten, wo der Linksoppositionelle seinen Protest auch anläßlich der Wahlen kundtun kann.

Der sozialdemokratische Wähler ist dem Kirchenmitglied zu vergleichen, das dabei bleibt, auch wenn es schon nicht mehr Gott glaubt und häufig auf die Pfaffen schimpft...

Ich halte einen wesentlichen Einbruch in die Reihen der alten traditionsgebundenen Arbeitnehmer-Wähler-Schichten schon 1969 für mehr als unwahrscheinlich. Fragt sich, ob eine neue Parlamentspartei die Jungwählerschaft mobilisieren kann. Nach allen Erfahrungen der letzten Zeit geht der Jungwähler ungern zur Wahl, um für eine Partei zu votieren. Die jungen Wähler - unser einzig mögliches und auf Dauer wichtiges Reservoir - sind durch eine neue Partei alten Stils nicht zu gewinnen. Die parlamentarische Demokratie hat sich nicht nur gewandelt, sie hat mit diesem Wandel eben auch zu größeren Reserven (glücklicherweise) bei der Jugend - und nicht bei ihren schlechtesten Teilen - bewirkt. Nur, wenn es uns gelingt, eine - na sagen wir mal: "Front der Jungen" zu schaffen, etwas im Stil und im Anspruch Neues, dann könnte von dort eine größere Anzahl bewegt werden.

So wenig wie Otto Brenner, Gefeller und andere ihre Mitgliedschaft in der SPD aufgeben werden, so wenig - nein: viel weniger wird es die mittlere Schicht der Gewerkschaftsfunktionäre tun (oder doch nur: wenn die oben offen und deutlich vorausgingen). Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor und nach 1914 hat tiefe Furchen selbst heute noch im Gefolge. Alle leninistischen Parteivorstellungen - müssen unter unseren Bedingungen versagen, heute wie einst.

Sie müssen es auch aus einem anderen Grunde: "Die" leninistische Partei zu schaffen kann uns bis Herbst 1969 gar nicht mehr gelingen, selbst wenn wir es wollten. Das setzt eine durch lange Zeit erarbeitete Kaderorganisation auf der Basis zentralistischer Einheit und klaren Programms voraus, - und könnte auch nur in revolutionären Zeiten Massen hinter sich bringen.

Wie immer eine neue Linkspartei aussehen mag, sie wird die linken Sozialdemokraten kaum gewinnen, eher mehr an ihre alte SPD binden. Das gilt nicht nur für die Linken, die von

Warum gegen Partei? Zuerst eine hypothetische Überlegung: Hätte es eine linke Oppositionspartei im Bundestag gegeben, - dann wäre möglicherweise die große außerparlamentarische Bewegung, die die Notstandsgesetze bisher verhindert hat, gar nicht zustande gekommen. Viele Gewerkschafter und Professoren hätten sich wohl nicht zum Sprecher einer Bewegung gemacht, die - wie auch immer abgegrenzt und getarnt - doch nur dieser oppositionellen Bundestagspartei genützt hätte. Jede Parlamentspartei wird mit außerparlamentarischen Fronten im wesentlichen nur den Kreis der eigenen Sympathisierenden erreichen, auch erweitern. Aber sie wird nicht, - wie es bei der Notstandsgesetzgebung möglich geworden ist - einen weiten Einbruch in die Reihen der anderen Parteien und Gruppen erreichen, der in ihnen die Unsicherheit und die Diskussion fördert und dadurch Bedeutung gewonnen hat. Ich fürchte, es wären die Notstandsgesetze längst angenommen worden, wenn wir eine Antinotstandspartei gehabt hätten. Die "überparteiliche" Haltung der Gewerkschaften, die in unserem aktuellen Falle so segensreich war, hätte wohl kaum zugelassen, daß Gewerkschafter sich so engagieren, wie es geschehen ist.

Ich warne davor, daß wir Intellektuelle und Funktionäre unser eigenes Bewußtsein mit dem der Massen verwechseln, die man für eine neue Partei braucht. Selbst wenn die Enttäuschung über die Koalitionsregierung sich vermehren sollte, durch drastische Einschränkung des Lebensstandards der abhängigen Lohn- und Gehaltsempfänger, braucht es eine lange Zeit der Desillusionierung und geistigen Bearbeitung bis man diese von ihren Bindungen und Erwartungen loseist und zu neuen Voten bringt. Ich stehe vielleicht etwas mehr in aktiver Betriebsarbeit und Gewerkschaftsarbeit als die anderen Teilnehmer am Gespräch - und wage daher zu behaupten, daß ein Einbruch in die Wählerschichten der SPD (denn im wesentlichen handelt es sich um diese) bis 1969 nicht erreicht werden kann. Man wird einige gewinnen, aber keine bedeutende Anzahl. Das Mißtrauen gegen "unbekannte", "neue" Parteien, gegen Experimente ist viel größer bei diesen Wählern als die Enttäuschung über die bestehenden Apparate.

der SPD als Kandidaten nominiert werden - und die einen Anhang in ihren Bezirken haben. Das gilt für eine breite Front linker Sozialdemokraten (typisch dafür scheint mir der Aufsatz von Vilmar in den "Gewerkschaftlichen Monatsheften" zu sein: "Thesen zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften" - Dezember 1967). Die neue Linkspartei wird die Linken spalten und die Kuratorien -: sie wird nicht die Linken abspalten (die ohnedies eine dünne Funktionärsschicht sind, im Apparat von Bedeutung, aber nicht im Massenvotum. Weil sie das wissen oder ahnen, bleiben sie auch beim Apparat). Sie wird erreichen, daß einige linke Mitglieder der SPD dort Mitglied bleiben und dennoch die neue Partei wählen. Sie werden wegen ihrer Mitgliedschaft im Wahlkampf nur flüstern, nicht rufen können.

Würde die neue Linkspartei selbst mit einigen 30 Abgeordneten ins Parlament einziehen, dann wäre ihr kaum noch die Wiederherstellung der breiten außerparlamentarischen Front möglich.

Käme die neue Bewegung als "Front der Jungen" (ohne Engagement und Kandidatur von uns altbekannten Linken), dann gäbe es möglicherweise eine Chance, nach der Wahl von unserer Seite aus doch die breite Front wieder herzustellen...

Es wird uns auch nicht möglich sein, einen wirksamen Parteiapparat aufzubauen, die Millionen DM zusammenzubekommen, die dem an Propaganda sich orientierenden Staatsbürger genügend Vertrauen einflößt. Im Gegensatz zu den Kuratorien werden wir von gewerkschaftlicher Hilfe abgeschnitten sein...

Was muß meines Erachtens geschehen?

Es muß eine Alternative geschaffen werden, die deutlich erkennen läßt, daß man dem oppositionellen und unzufriedenen Wähler die Möglichkeit bietet, in der Wahlurne seinen Protest kundzutun. Aber der Anspruch, selbst Parlamentspartei zu werden, muß deutlich abgegrenzt sein. Wir wollen und sind dann die Vertretung (wenn es aus formalen Gründen nötig

sein sollte, dann eben die "Partei") der Kräfte, die nicht ins Lager der Nichtwähler gestoßen werden wollen - und eine Alternative haben. Ist der Wählerwille so stark, daß die Konsequenz ist, daß doch eine Gruppe gewählt wird, daß die 5 % Prozent übersprungen werden, dann wird das besondere Problem bleiben, offene Bewegung zu bleiben oder einheitliche Partei zu werden.

Eine Partei braucht ein "Programm", einheitliche Satzungen, feste Mitglieder. Welche Wähler werden wir mit Programmen erreichen, an die sich auch die Programme der großen Parteien vor den Wahlen annähern? Es kommt nicht auf das an, was man verspricht; es kommt darauf an, die fünf entscheidenden Punkte, die bisher von den außerparlamentarischen Gremien aufgespießt worden sind, herauszustellen - und in breitem Rahmen die aufzurufen, hier ihr Bekenntnis abzulegen. Subtile Programme ergeben wenig. In den von uns herauszustellenden fünf Punkten ist ersichtlich, daß die bisherigen Bundestagsparteien versagt haben (die FDP - solange sie Regierungspartei war).

Diese fünf Punkte wären (wie immer man sie auch umformulieren mag):

1. Keine Notstands- und ähnliche Gesetze, die die Freiheiten der Bürger einschränken; dagegen Ausbau der Demokratie durch sinnvolle Anwendung des Grundgesetzes! (Z.B. Verbot und Verfolgung aller Bestrebungen, die Faschismus und Krieg begünstigen, für diese weder Polizei- noch Rechtsschutz aus formaler Funktionalität).
2. Öffentliche Kontrolle und tatsächliche gewerkschaftliche Mitbestimmung in den volkswirtschaftlich entscheidenden Unternehmungen.
3. Schutz der demokratischen Meinungsbildung und -äußerung! (Z.B. Entmonopolisierung der Presse und anderer privater Medien der Massenbeeinflussung; prozentuale Beteiligung demokratisch-oppositioneller Kräfte in öffentlichen Institutionen; volle Informationsfreiheit). Erhaltung des demokratischen Wahlrechts!

4. Völkerverbindende Außenpolitik, Anerkennung der gegebenen Staaten und Grenzen, keine materielle oder moralische Hilfe bei kriegerischer Aggression in fremden Ländern. Abbau der Militärs und der Rüstungen.
5. Aufbau demokratischer Bildungsstätten. Soziale Sicherheit und Gleichheit.

Die "Opposition 1969" oder die "Partei 1969" sollte meines Erachtens aus freiwilligen Spendern und Helfern aufgebaut sein, - in breiter offener Front ihre Kandidaten vorstellen und wählen und gleich erklären, daß sie keine feste ideologische Fessel sein will.

Sie müßte von Anfang an erklären, daß sie überall dort nicht kandidieren wird, wo andere Kandidaten, denen man aufgrund der bisherigen Haltung vertrauen kann, von den Parlamentsparteien aufgestellt sind, die sich vorher verpflichten, für die entscheidenden Punkte einzutreten und sich nach ihrer Wahl der öffentlichen Kontrolle nicht zu entziehen. Das kann sogar für Jungdemokraten gelten, die für die wirtschaftliche Mitbestimmung durch die Gewerkschaften eintreten.

Durch eine solche verbindliche Erklärung würden schon bei der Kandidaten-Aufstellung die Chancen der Linken und der Gewerkschafter in der SPD und der radikalen Jungdemokraten in der FDP gestärkt. Die Linkseinheit würde gefördert, statt gefährdet werden.

Es wäre deutlich, daß es uns nicht um Posten und Mandate geht, sondern um die Sache, die Krise in den Nachbarparteien wäre verstärkt, die Bindung an die Linken könnte erhalten werden, selbst, wenn diese sich noch in ihren Parteien Illusionen machen. Und würde selbst nicht anderes erreicht werden, als durch straffe Parteidisziplin die oppositionellen Sozialdemokraten vom Parteivorstand noch mehr in die Zange genommen würden, dann wäre auch das ihrem Gewissenskonflikt nützlich.

Schließlich wäre die Niederlage erträglicher und zukünftigem Neubeginnen förderlicher als eine Niederlage einer neuen

Linkspartei, die unter den 5 Prozent bleibt. Die weitere Perspektive sollte uns vor Augen bleiben.

Helmut Schauer

Unsystematische Anmerkungen zur Diskussion

Die Kritik, die vom Genossen Neusüss und anderen an der Glosse "Der lange Marsch vor der Institution des Parlaments" vorgebracht wird, besteht zu einem guten Teil zu Recht. Selbstverständlich sind diese Bemerkungen keine gründliche Klärung des Problems und tatsächlich in etlichen Punkten unklar und widersprüchlich. Sie sollten die Diskussion provozieren. Auch die folgenden Anmerkungen gehen davon aus, daß Bewegungen und ihre Politik nicht von Führern geplant, sondern in einem Prozeß kollektiver Selbstverständigung bestimmt werden.

Unsere bisherigen Aktionen wollten die Verhältnisse zum Tanzen bringen, indem sie den Widerspruch zwischen dem Anspruch der Institutionen auf emanzipatorische Vernunft und ihrer autoritären Realität sichtbar machen, ihnen damit die Legitimation entziehen und so Gegenkräfte mobilisieren und aufzubauen versuchten. Die Oppositionsbewegung hat von außen wie von innen die Konfrontation mit den Institutionen und ihren Repräsentanten gesucht. Sie ist vor und in Gerichtsgebäuden aufgetreten, sie hat Parlamentarier außerhalb des Parlaments zur Diskussion gezwungen und ist selbst zu Hearings hingegangen und noch dort, wo sie - wie in Berlin - einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß die Aussage verweigerte, hat sie das agitatorisch konkret getan, indem sie die zweifelhaft gewordene Legitimität des Instituts des Untersuchungsausschusses durch Angriffe auf die politischen Absichten dieses Ausschusses und seiner Mitglieder in Zweifel zog. Die antiautoritäre Opposition hat Institutionen frontal angegriffen, sie hat Widersprüche in diese hineingetragen, sie hat Institutionen politisch neutralisiert oder für sich benutzt - je nach der konkreten Situation.

Das heißt aber nichts anderes, als daß sie in der Bekämpfung der repressiven Instituionen zur "Unbefangenheit" gekommen ist. (Vgl. dazu Lukacs, Legalität und Illegalität, in: Geschichte und Klassenbewußtsein, S. 268)

Ob und wie im Wahlkampf und ob von Abgeordneten im Parlament ebenfalls radikale Opposition sichtbar gemacht werden kann, muß sich aus der detaillierten Analyse dieser Institutionen und aus dem Selbstverständnis der Linken selbst ergeben.

Tatsächlich ist in der bisherigen Diskussion vor allem die Rolle des Parlaments und die Frage in den Vordergrund gestellt worden, ob denn linke Abgeordnete im Bundestag etwas bewirken könnten. Das weitaus gewichtigere Problem, welche Rolle das Institut der Wahl in der autoritären Demokratie spielt und wie die anti-autoritäre und anti-kapitalistische Bewegung darauf antworten kann, wurde vernachlässigt. Erst die praktische und theoretische Lösung dieser Frage kann aber letztlich die vorläufig zudem recht irreale Frage lösen, was linke Abgeordnete im Bundestag bedeuten würden. Die innere Verfassung, in der die Oppositionsbewegung aus einer Wahlkampagne hervorginge, ob und wie sie mit einem Wahlerfolg fertig würde, bei dem Oppositionskandidaten in das Parlament kämen.

Vorab muß geklärt werden, ob die Wahl eine Möglichkeit zur radikal-oppositionellen Aktion sein kann und wenn ja, wie in den Wahlkampf einzugreifen ist. Die Formel, die da besagt, es komme darauf an, die von den Parteien für die Abstimmung hergestellte Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit auszunutzen, ist gefährlich naiv, weil sie ignoriert, daß diese Öffentlichkeit eben nicht auf ein vernünftiges Publikum zielt, vielmehr temporär eine Publizität herstellt, die gerade verhindert, daß die Massen sich zu aktionsfähigem Publikum zusammenfinden. In den Wahlkämpfen werden unter Ausnutzung aller psychologischen und soziologischen Manipulationstechniken Personen, Symbole und Slogans, die mit den tatsächlichen, gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen nichts zu tun haben, derart den entpolitisierten Massen oktroyiert, daß diese ihre Stimme nur

mehr als Konsumenten in unverbindlicher ohne sonderlich als folgenreich verstandener Indentifikation mit einem der Wahlapparate abgeben. Aus der Wahl ist ein Instrument geworden, mit dem die Massen den herrschenden Gruppen verfügbar gehalten, mit dem sie mobilisiert werden gegen ihre eigenen Interessen und gegen die Einsicht in diese.

Diese Wahlmobilisierung kann nicht ausgenutzt, sie muß bekämpft, die Manipulation des Bewußtseins muß zerschlagen werden. Die Möglichkeit der manipulativen Mobilisierung der Massen durch die Wahl beruht immer noch auf deren demokratischem Schleier, auf dem Anspruch zentraler Akt politischer Selbstbestimmung, Möglichkeit der Durchsetzung von Interessen zu sein. Dieser Anspruch muß immer von neuem mobilisiert und zugleich in der parlamentarischen Form der Volksvertretung und in der des Wahlkampfes selbst entleert werden.

Eine Wahlaktion hat nur dann Sinn, wenn sie sich in ihrer realen Gestalt von der Wahlmanipulation distanziert und diese angreift. Wenn sie als parlamentarische Alternative verstanden würde, wäre sie nur ein linkes Feigenblatt der autoritären Demokratie. In der politischen Zielsetzung der Aktion muß dieser fundamentale Unterschied klar zum Ausdruck kommen. Nicht die Entsendung parlamentarischer Vertreter kann das Ziel der Aktion sein, sondern der Protest und der Widerstand gegen die Umfunktionalisierung der Wahl zur Entmündigung der Bürger und gegen die Politik der etablierten Parteien. "Denen in Bonn" soll durch harten Protest gezeigt werden, daß eine große Gruppe von Wählern mit ihnen und ihrer Politik fertig ist. Der Widerspruch gegen die autoritäre Funktionalisierung des demokratischen Instituts der Wahl, die Weigerung einer großen Wählergruppe ihre Zustimmung für eine Politik zu geben, die nicht ihrem Willen und ihren Interessen entspricht und auf die sie keinen nennenswerten Einfluß haben, muß das erklärte Ziel der Kampagne sein. Wir weigern uns, weiterhin unsere Stimme zu verschenken.

Eine radikal-demokratische Aktion wird die Verselbständigung der Parteien und ihrer Repräsentanten gegenüber Mitgliedern

und Wählern, ihre staatlichen Privilegien, ihre Finanzierung und die manipulative Entleerung ihrer Parolen und Charaktermasken sichtbar machen müssen. Die scharfe Konfrontation mit einer fundamental-demokratischen Bewegung, die die Abstimmung als politische Entscheidung organisiert, zerstört den Schein-Konsensus, auf dem die unpolitische Wahl-Show beruht. Indem sie der als folgenlos verstandenen Entscheidung über warenhafte Symbole politisch eindeutig bestimmten Protest gegenüberstellt, führt sie ein Interesse in die Auseinandersetzung ein, das der Institution der Wahl selbst ein renitentes Moment gibt. Das kann tatsächlich das allgemeine Interesse an der Abstimmung fördern, aber schon nicht mehr im Sinne unpolitischer Entscheidung. Insofern wird die oppositionelle Wahlbewegung selbst noch demokratische Elemente in das System der autoritären Demokratie hineintragen - aber doch nur im Sinne der Verschärfung ihrer Widersprüche.

Eine Wahlbewegung ist nur als Einheit von verbreiternder Aktion und klärender Diskussion sinnvoll. Die Aufstellung einer parlamentarischen Alternative würde diese Einheit zerreissen, weil sie die fundamentale Kritik des parlamentarischen Herrschaftssystems von der Aktion und ihrer Form trennt und damit zugleich nur noch zu einer bürokratisch angelegten und müden Registratur oppositioneller Stimmen fähig wäre.

Eine Protestdemonstration wird zu viel direkterer, schärferer und breiterer Konfrontation mit den autoritären Apparaten und ihren Repräsentanten führen. Sie kann eine Durchschlagskraft entwickeln, die Widersprüche auch in die Parteien hineinträgt, auf die thematische Tagesordnung des Wahlkampfes Einfluß nimmt und die technische und finanzielle Schwäche der Opposition ausgleicht.

Die konkrete Entschleierung autoritärer Herrschaftsmechanismen als Kernpunkt einer Aktion gibt ihr aber nicht nur ihre aktuelle Durchschlagskraft, aus ihr folgt auch erst die Zukunft der antiautoritären Bewegung. Mit einer Aktion zur Bundestagswahl verallgemeinert diese ihre Bewegungsformen und gibt sie sich eine klarere Struktur. Eine radikal-demokratische Protestdemonstration schafft bei ihren Trägern selbst Klarheit über die auto-

ritäre Realität der Demokratie. Sie übersetzt diffusen Protest in bewußte Kritik manipulierter Wahlkämpfe und autoritärer Parteien. So führt die Verallgemeinerung der Form der Aktion zu festerer und differenzierterer, damit politisch in Aktionen umsetzbarer Kritik. Gegner und Adressaten werden verändert und differenziert.

Auf dieses Ziel muß die Darstellungsform der Aktion vermittelt werden. Ob Wahlboykott, ob eine selbständig organisierte Gegenabstimmung, ob Aufstellung von Protestkandidaten - das muß nach taktischen Gesichtspunkten entschieden werden. Alle Lösungen, die diese Vermittlung auf die realen Machtverhältnisse und die Bewußtseinslage der Abhängigen nicht vollziehen und den Parlamentarismus als Form kapitalistischer Herrschaft unmittelbar ersetzen wollen, sind regelmäßig selbst noch der bürgerlichen Ideologie verhaftet, sie bekämpfen die Herrschaft noch nicht aus der ideellen Distanz wissenschaftlicher Einsicht in ihren historischen Charakter.

Diese Einsicht, sowohl bei den jüngeren, als auch bei den älteren Oppositionellen, ist nur in verhältnismäßig schmalen Gruppen vorhanden. Die Opposition ist "Opposition" im Sinne von Lukacs (vgl. Legalität und Illegalität), die zwar die herrschenden kapitalistischen Kräfte bekämpft, aber die Existenz des Neokapitalismus und seines Herrschaftssystems selbst nur partiell in Frage stellt. Die parlamentarische Demokratie wird zwar problematisiert, aber zumeist wird doch nur ihre autoritäre Erscheinungsform kritisiert. Insofern bleibt die anti-autoritäre Opposition durchaus im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft. Erst in einem Reifeprozess praktischer Erfahrung und theoretischer Klärung werden die ideologischen Selbstverständlichkeiten aufgelöst werden können, auf die die kapitalistische Herrschaft nicht nur unter den Abhängigen allgemein, sondern auch unter Oppositionellen begründet ist.

Unter welchen einzelnen realen und ideologischen Voraussetzungen dies innerhalb der Opposition zu geschehen hat, muß in der weiteren Diskussion geklärt werden. Organisatorisch fixierte

Bestimmungen reichen dazu nicht aus, die Oppositionsbewegung hat tatsächlich viele politische Attribute - das macht gerade ihre Allgemeinheit und Offenheit aus. Hier kommt es lediglich auf das allgemeine Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie an.

Eine Aktion zur Bundestagswahl 1969 muß unter diesen Voraussetzungen als stabiler und weitertreibender Kern die klare Einsicht in die historische Rolle der parlamentarischen Demokratie, in die Funktion des Parlaments im autoritären Staat in sich tragen und in ihrer praktischen Form auf die Entschleierung der Wahlmanipulation angelegt sein, sie muß aber auch an dem Protest derer anknüpfen, die zwar die Politik der Regierung und Parteien verneinen, die die autoritären Formen des Parlamentarismus kritisieren, die aber damit noch keineswegs die revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen und politischen Institutionen auch nur denken können.

Jede Form der Wahlbeteiligung, die abstrakt anti-parlamentarisch angelegt wäre, würde daher nicht nur zur Spaltung der anti-autoritären Kräfte selbst und zur Isolierung ihres harten Kerns führen, sie würde letztlich doch wieder zurückgenommen und im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Ideologie interpretiert.

Ein Aufruf zur Stimmenthaltung würde entweder resignativ gedeutet oder bestenfalls als Aufruf zur unmittelbaren Abschaffung des Parlamentarismus, was unter den gegebenen Voraussetzungen apathischer Massen nur als putschistischer Akt verstanden werden könnte. Erst recht würde eine organisierte Gegenwahl als Konstituierung eines Gegenparlaments interpretiert, das direkt in Konkurrenz zum Bundestag tritt.

Alle diese Lösungen würden sich die Chance verbauen, die autoritären Strukturen in der Wahl bloßzulegen, faktisch anzuschlagen und historisch wenigstens den aufnahmebereiten Gruppen zu erklären. Anstatt zu zeigen, daß der Parlamentarimus ein Instrument der Herrschenden zur Durchsetzung ihrer Interessen bei den Abhängigen gegen deren eigene Bedürfnisse

ist, würden wir als diejenigen erscheinen, die "die Demokratie" bekämpfen. Es kommt heute darauf an, die Identität von Parlamentarismus und Demokratie im Bewußtsein der Opposition und in ihrer Öffentlichkeit aufzubrechen. Das kann aber nur geschehen, wenn die parlamentarische Demokratie selbst ihren Herrschaftscharakter in Auseinandersetzungen mit einer fundament demokratischen Bewegung vorführt, die ihre Macht bekämpft. Dazu müssen sie sich aber auf parlamantarischem Boden begegnen. Die Herrschenden brechen ihre eigene Ordnung, wo sie zum Instrument einer radikalen Gegenbewegung wird. In dieser muß die Idee direkter Demokratie in einer demokratischen Gesellschaft entfaltet werden. Würden wir aber den Schein erwecken, als existiere sie bereits - also eine Beteiligung von Massen - verkäme sie zur Karikatur, sie würde zur Elite-Diktatur entstellt.

Nur in der Aufstellung von Protestkandidaten, deren Kandidatur klar und deutlich einen radikal anderen politischen Sinn hat als die der Parteikandidaten, sind die gegebenen Bedingungen taktisch mit dem revolutionären Ziel vermittelt.

Die Verallgemeinerung und inhaltlich-politische Verschärfung der Konfrontation, die die Wahlaktion mit sich bringt, kann mit der inneren Klärung, der intensiven Diskussion die sie erfordert, auch die Voraussetzung allgemeinerer und zugleich festerer organisatorischer Strukturen schaffen.

Die Organisationsform der Kampagne wird sich an ihrem Charakter als Protestdemonstration orientieren müssen. Das heißt vorab, daß der organisatorische Zusammenschluß auf die Aktion selbst begrenzt sein muß. Jede endgültige Gründung müßte unter den gegenwärtigen Voraussetzungen zu einer Parlamentspartei führen und sich in Widerspruch zum politischen Ziel der Kampagne setzen. Anti-kapitalistische oder gar sozialistische Organisationen können keine Parlamentsparteien mit anderem Ziel sein. Dieses wird erst verbindlich durch die bewußte Beschränkung des organisatorischen Zusammenschlusses auf den Tag der Wahl.

Zweifellos werden die in der Aktion entwickelten organisatorischen und kommunikativen Strukturen und praktischen Erfahrungen über die Wahl hinausreichen. Selbstverständlich muß die Wahlkampagne einen möglichst effektiven Apparat haben.

Freilich wird sie eine politisch-organisatorische Form finden müssen. Ob diese über die Wahl hinaus aufrechterhalten werden sollen, wissen wir nicht und können wir nicht wissen. Wenn die Aktion tatsächlich eine Protestdemonstration sein soll, dann könnte jedenfalls die Fortsetzung der Organisation nur der Diskussion aller ihrer Träger am Ende der Aktion entspringen. Bekanntlich sterben Apparate ohnehin schwer. Die Beschränkung des Zusammenschlusses auf die Wahlaktion 1969 muß eindeutig geklärt werden, damit nicht hinterrücks doch ein parlamentarisch fixierter Verein daraus wird. Sollte sich die Bewegung dann 1969 doch entschließen mit der entwickelten Form weiterzuarbeiten, dann werden in einem terminierten Zusammenschluß dafür ganz andere Voraussetzungen herrschen.

Die Verstaatlichung der Gesellschaft, die Allgegenwart des repressiven Apparates und die Atomisierung der Einzelnen verlangt generell neue Organisationsformen. Sie verschiebt das Verhältnis von Aktion und Organisationen zugunsten der Aktion. Nicht über die Identifikation mit Apparaten und Programmen wird der Einzelne und die Masse zum politisch handelnden Subjekt, In der politischen Aktion, in der Konfrontation mit dem gemeinsamen Gegner überwindet er erst seine Vereinsamung, entdeckt er die Möglichkeit demokratischer Selbsttätigkeit. Auf dieser demokratischen Selbsttätigkeit ihrer Träger kann die Aktion beruhen. Daraus ergibt sich die praktisch-politische Flexibilität der Bewegung, die Sensibilität zur Resistenz gegen den Einbau in das neokapitalistische Herrschaftssystem und die Möglichkeit den aktuellen Widerspruch nicht nur formal, sondern über die gemeinsame Diskussion zu vermitteln und in revolutionäre Perspektiven umzusetzen. Der strenge Wille jede Institutionalisierung den Bedürfnissen der Aktion und ihrer Begründung unterzuordnen,

die Organisation als Instrument demokratisch verfügbar zu halten, schafft erst die politische Widerstandskraft gegen die Integration und macht aus der Aktion eine Aufforderung zu selbsttätiger, demokratischer Anteilnahme.

Indem die Protestbewegung nicht als Organisation an sich, sondern als Aktionsträger weniger ganz bestimmter politischer Forderungen und Parolen auftritt, zwingt sie die Gegner zur Auseinandersetzung mit diesen und macht sie sich selbst politisch kenntlich.

Die Aktion braucht und darf auch nicht der scheinbar widerspruchsfreien Einheitlichkeit unterworfen werden, mit der die Parteien auftreten und abweichende Mitglieder disziplinieren. Einheitlich müssen nur ihre aktuellen politischen Forderungen sein.

Konkrete Tagesforderungen, die radikale Lösungen aktueller Probleme angeben, sollen die Phrasen und Ziele der herrschenden Kräfte und Institutionen entlarven und die Kritik auf allgemeine Alternativen hinleiten. Die einzelnen politischen Forderungen der außerparlamentarischen Opposition haben im wesentlichen diese Qualität, sie müssen zusammengefaßt werden, woraus sich zugleich die Aufgabe ergibt, in der internen Selbstverständigung der Bewegung ihren inneren Zusammenhang herauszuarbeiten. Die Wahlaktion auf einen Punkt - etwa den Austritt aus der NATO - beschränken zu wollen, wäre ein Rückfall in die Phase der Einpunkt-Bewegungen. Es macht gerade die sich verbreitende Kraft und die Radikalität der antikapitalistischen, anti-autoritären Opposition aus, wenn sie im Verlauf ihrer Bewegung in den verschiedenen Einzelaktionen ihre Kritik zur Totalität entfaltet, indem sie mit ihren unversöhnlichen Gegenvorschlägen an allen akuten Widerspruchsmomenten anknüpft, diese bewußt macht und daraus ihr allgemeines Nein begründet. Freilich ist jede politische Forderung, die nicht Darstellungsmoment konkreter Aktionen ist, schädlich und integrativ. Es führt zu verwaschenen Positionen und entwertet die Kraft der Opposition, wenn man gar für eine Wahlbeteiligung Gesamtprogramme ausarbeitet, die nicht in der Aktion fundiert und geklärt wurden. Die praktische Funktion politischer

Einzelforderungen wird damit verkannt, die Einheit von politischen Forderungen und Aktionen in Frage gestellt und letztlich die praktische Umwälzung des Bewußtseins durch Elemente kontemplativer Anschauung ersetzt.

Wenn also nicht Schwächen und Widersprüche in die Argumentation der Oppositionsbewegung hineingetragen werden sollen, dann können auch in einer Wahlaktion nur die tatsächlich zum Gegenstand der Bewegung gewordenen politischen Forderungen aufgenommen werden. Weitere Agitationspunkte kann die Bewegung nach ihrem eigenen praktischen Vermögen und entsprechend aktuellen Konfliktmomenten aufnehmen.

Aus der Beschränkung auf verhältnismäßig wenige Parolen ergibt sich zugleich eine gewisse Allgemeinheit und die Chance, auf diese Punkte relativ viele Gruppen zu vereinigen. Der Kampf gegen die US-Aggression in Vietnam, gegen Notstandsgesetze, NATO, autoritäre Pressegewalt usw. kann gerade wegen seiner Allgemeinheit einerseits sittlich-moralische Gegenkräfte mobilisieren und andererseits relativ klares und differenziertes politisches Bewußtsein schaffen.

Es ist viel weniger gefährlich, hohe Ansprüche an das politische Verständnis der Massen zu stellen, als in beschränktem Selbstverständnis von der "Vertretung von Interessen" das latente anti-kapitalistische Bewußtsein auf immanente Forderungen abzuleiten. Freilich müssen unsere Tagesforderungen und Aktionen an konkreten Widersprüchen anknüpfen und Aussicht auf aktuelle Erfolge nachweisen können, wenn sie wirklich mobilisierend wirken sollen. Aber wir sind Interessenvertretung der abhängigen Massen hier und heute im Sinne ihrer gesamtgesellschaftlichen Emanzipationsinteressen. Die Beschränkung auf wenige aktuelle Forderungen in der Aktion und die allgemeine Offenheit der Bewegung schafft gerade die Möglichkeit, sie zugleich als komplexe, totale Alternative zu identifizieren.

Tatsächlich zeigen beispielsweise die einzelnen spontanen Abwehrkämpfe der letzten Wochen, etwa die Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen, in der Heftigkeit des Engagements

ihrer Träger unmittelbar Momente der Opposition die weit über die Straßenbahngroschen hinausweisen. In dem diese Momente bewußt gemacht werden, erhalten solche Auseinandersetzungen erst eine Perspektive. Tatsächlich haftet dem Straßenkampf um Trambahnpfennige angesichts der Möglichkeiten vernünftiger Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse ein anachronistischer, systemimmanenter Zug an. Es zeugt für die Bewegung der Jugendlichen, wenn zugleich immer wieder die Forderung nach gesellschaftlicher, nach kostenloser Beförderung in den Städten auftaucht. Soweit diese Forderung gelegentlich etwas abstrakt und unvermittelt bleibt, ist das weniger ihren jugendlichen Trägern, als den Links-Politikern zuzuschreiben, die nicht das Selbstbewußtsein haben, in Tageskämpfen konkrete Perspektiven, die den objektiven Möglichkeiten gerecht werden, auch wirklich zur Geltung zu bringen.

Es kommt darauf an, diese Diskussion in der Aktion zu fördern und für sie wissenschaftlich das Material und die Analyse bereitzulegen. Die Linke hätte schon bislang die Interessen der Ruhrarbeiter sicherlich besser vertreten können, wenn sie eine allgemeine Kritik der Ruhrkrise und damit also eine rationale, anti-kapitalistische Lösung vorweisen könnte. Es wird vielfach gefordert, Hauptadressat einer Wahlaktion müsse die Arbeiterklasse sein. Wenn damit die 8o Prozent der abhängigen Lohn- und Gehaltsempfänger gemeint sein sollen, ist das sicherlich richtig. Nur ist die Feststellung dann nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit. Man müßte dann schon genauer sagen, wie diese Massen oder bestimmte soziale oder Bewußtseinsgruppen unter ihnen erreicht, mobilisiert und überzeugt werden könnten. Bislang spricht alles dafür, daß eine Bewegung, die zu den Problemen der "Großen Politik" eine radikale Alternative vertritt, eher verdrängte und verschüttete Elemente emanzipatorischen Bewußtseins aktualisieren kann. Wer sich ohne klare Gesamtkonzeption darauf konzentriert, "die Arbeiterklasse an ihren Interessen zu packen", wird leicht zum linken Schatten der SPD und verliert dann unter anderem die Kraft, wenigstens Gruppen der abhängigen Klassen an ihrem politischen Verstand und an ihrer besseren Moral zu packen.

Schließlich kann es uns nicht nur darauf ankommen, vorhandene Bewußtseinselemente anzusprechen. Das alte sozialdemokratische Arbeiterbewußtsein ist ohnehin nur noch in höchst schmalen Schichten vorhanden und revolutionäre Politik wird sich viel mehr auf jene widersprüchlichen Bewußtseins-Strukturen einstellen, die von der Manipulations-Industrie hergestellt werden. Es sind die neu in Bewegung gekommenen, in ihrer ideellen Integration erschütterten Menschen, deren unmittelbare Opposition zu durchschlagender Konfrontation mit den herrschenden Institutionen führt und die der Bewegung ihren radikalen Schub geben.

Eine Wahlaktion 1969 wird kein klares revolutionäres Selbstverständnis haben. Deshalb darf sich die sozialistische Linke auch nicht naiv mit ihr identifizieren. Sie muß sich ihren eigenen Handlungsspielraum bewahren. Indem sie aber die politische Konzeption einer gemeinsamen Wahlbewegung tatkräftig vertritt, kann sie ihr festen Halt geben und schließlich an praktischer Kraft und an Erfahrung reicher aus der Aktion hervorgehen.

Walmot Falkenberg - Hartmut Dabrowski

## Langer Marsch - kurze Perspektive

In unserer Kritik des Ansatzes und einiger zentraler Punkte der Konzeption einer Wahlbeteiligung (Helmut Schauer, Der lange Marsch vor der Institution des Parlaments, in NEUE KRITIK Nr. 45, S. 3-8) als "aussichtsreicher Konfrontation mit den autoritären Kräften" können wir weder alle Momente des u.E. reformistischen Syndroms aufzeigen und zueinander in Beziehung setzen, noch dessen praktisch-politische Konsequenzen im Einzelnen aufzeigen. Es soll hier auch keine Gegenkonzeption vorgelegt werden, sondern nur versucht werden, die Argumentation an ihrem Anspruch, eine realitätsgerechte Perspektive sozialistischer Politik zu entwickeln, zu messen und am Beispiel einiger Punkte der Konzeption zu zeigen,

warum dieses Versprechen nicht eingelöst werden kann.

I.

Ohne auch nur zu versuchen, Inhalt und Form, Ziele und Methoden sozialistischer Politik aus der Analyse des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs, der sich verändernden funktionalen Struktur des Systems sozioökonomischer Prozesse abzuleiten und konkret zu vermitteln, setzt Schauer verkürzt an den politischen Erscheinungsformen der sozialen Kräfteverhältnisse an: an der beabsichtigten Einführung des Mehrheitswahlrechts und dem Parteienestablishment einerseits und den nur allgemein, empirisch-verdinglicht charakterisierten Bewußtseinslagen der verschiedenen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition andererseits. Die Inflation pseudopräziser Begriffe (man vergegenwärtige sich z. B. die vielfältigen Qualifizierungen der außerparlamentarischen Opposition) und die nur allgemein und negativ bestimmten Vorstellungen über organisatorische Fragen sind eine notwendige Folge der die Widersprüche und Gegensätze verschleiernden phänomenologisch-deskriptiven Methode. Statt die vorgegebene Wirklichkeit als Moment eines Prozesses historisch-konkret zu begreifen und damit auch die Möglichkeiten unseres Handelns nach objektiven Kriterien zu bestimmen, wird diese Wirklichkeit zwar kritisch und zur Veränderung entschlossen, aber dennoch nur positivistisch zur Kenntnis genommen.

Die allgemeine und unvermittelte Argumentation kann nicht allein aus der taktischen Absicht erklärt werden, möglichst viele Gruppierungen zur Teilnahme an der Wahlaktion zu bewegen und in den Zusammenhang einer "einigermaßen einheitlichen" "antikapitalistischen Reformbewegung" zu integrieren; zu sehr verraten Kategorien und Forderungen mangelnde theoretische und politische Klarheit. Mehr noch: die taktische Absicht - und also die Unterstellung der Möglichkeit einer quasi-additiven Zusammenfassung der außerparlamentarischen Einpunktbewegungen, die es einerseits erlauben soll, möglichst viele Proteststimmen zu sammeln, und andererseits den Sozialisten die Möglichkeit eröffnen soll, ihren Argumentationen nicht nur Gehör zu verschaffen, sondern ihnen auch zur

praktischen Verbindlichkeit zu verhelfen ("die Revolution zu vertreten") - ist selbst ein Beweis mangelhafter Analyse. Indem darauf verzichtet wird, die unterschiedlichen Entstehungsbedingungen und Strukturen der die einzelnen Einpunktbewegungen konstituierenden Koalitionen zu berücksichtigen, wird das, was nur als Ergebnis einer konkreten Analyse Verbindlichkeit beanspruchen könnte: die Forderung einer einheitlichen Zusammenfassung der außerparlamentarischen Opposition als optimale Voraussetzung sozialistischer Politik, zur Prämisse der Analyse: die Vorstellung einer trotz unterschiedlicher Bewußtseinsgrade und Motivationen widerspruchsfreien "Bewegung" der Opposition außerhalb des Parlaments. Ein derart abstrakter Begriff von dieser Opposition, die ebenso unvermittelte Einschätzung der Relevanz des Mehrheitswahlrechts als Begründung für die Forderung einer "Wahlgewinnunion" sowie die Fiktion, die Wahlaktion sei eine bloße Fortsetzung bisheriger Praxis, machen es dann "möglich" zu behaupten, daß die aus diesen Prämissen entwickelten taktischen und organisatorischen Vorstellungen sich bruchlos und mit "innerer Notwendigkeit" aus dem Wesen der außerparlamentarischen Opposition und einer "realistischen" Einschätzung der politischen Situation ergäben.

Der Mangel einer konkreten Vorstellung von Ziel und Methode der Aktion, eines konkreten Begriffs der Taktik kommt zudem klar darin zum Ausdruck, daß keine Überlegungen über die sich mit der Vereinheitlichung der außerparlamentarischen Opposition ergebenden zwangsläufigen Veränderungen der diese bildenden Gruppierungen - etwa das Auseinanderbrechen einzelner Koalitionen - und ihre politischen Folgen angestellt werden.

Die Frage nach der über die Wahl hinausgehenden Perspektive, d.h. u.a. nach der realen politischen Fundierung außerhalb des Parlaments, die eine Parlamentarisierung der Linken verhindert, wird nicht gestellt. Sie stellt sich aber besonders dann, wenn man - wie Schauer, interpretativ Form und Inhalt trennend - davon ausgeht, daß es sich bei der Wahlbeteiligung nur um eine "formale

Konkurrenz" mit den etablierten Parteien handelt (als ob Stimmenprozente bei der Wahl bloße Formalien wären), inhaltlich hingegen diese Aktion als Bewußtseinsbildung einer sich entwickelnden Aktionsgemeinschaft zu verstehen ist.

Die abstrakt und nur auf Zeit konzipierte Bündnispolitik verschleiert also erstens die Widersprüche und Konflikte zwischen den einzelnen Organisationen der außerparlamentarischen Opposition, die es fraglich erscheinen lassen, ob es zu einem als "erfolgversprechende und entwicklungsfähige Einheitsfront" mißverstandenen Volksfront-Kartell als "lebendiger Bewegung" bis zur Wahl kommen kann; wobei außerdem ungeklärt bleibt, ob die Bedingungen, unter denen das Kartell, wenn überhaupt, zustande kommen kann, nicht eine sozialistisch-revolutionäre Politik ausschliessen. So ist es denn zweitens kein Zufall, sondern Ausdruck "realpolitischer" Bemühungen - die sich allemal auszeichnen durch einen kontemplativen theoretischen Ansatz und damit letztlich eine voluntaristische Bestimmung der "Taktik", die das postulierte Ziel zur Utopie verkommen läßt -, daß weder die politischen Perspektiven noch die organisatorische Struktur der "Bewegung" inhaltlich diskutiert werden. Die Klärung dieser für eine über die gegenwärtige Situation revolutionär hinausweisende Praxis entscheidenden Probleme werden unter dem Hinweis, es müsse und werde sich um eine lebendige Bewegung handeln, der "Entwicklung" überlassen, die handelnd zu bestimmen doch wohl Aufgabe der Sozialisten ist.

II.

Symptomatisch für den unbekümmerten Pragmatismus der Konzeption ist bereits die Überschrift des Artikels. Sie ist schlicht opportunistisch - so wie es der Verweis auf die Parlamentarismus-Analyse des Genossen Deppe ist, die ebenso unverfroren und unvermittelt in Anspruch genommen wird wie der Begriff des Langen Marsches. Dieser wird angesichts des mangelnden Totalitätsbezugs, der kurzen Perspektive und der Trennung von Inhalt und Form, Struktur und Funktion der Bewegung zu einem bloßen Ettikett.

Die Überschrift des Artikels appeliert ebenso abstrakt an die Anti-Institutionalisten wie sein Inhalt auf das Bewußtsein der noch "Bonn-fixierten" Teile der außerparlamentarischen Opposition zielt. Beiden Gruppierungen soll in der Wahlaktion als einer aussichtsreichen Konfrontation mit den autoritären Kräften bei gleichzeitigem Überwinden der 5 %-Klausel ein gemeinsamer Diskussions- und Aktionszusammenhang eröffnet werden. Es ist nun bezeichnend für die dieser Konzeption entsprechenden "Taktik", daß hinter dem Wunsch, möglichst viele Gruppen in das Kartell zu integrieren, eine konkrete und differenzierte Kritik der politischen Positionen dieser Gruppen zurückstehen muß. Statt seinen eigenen politischen Ansatz und Anspruch ernst- und die Gelegenheit zur "Bewußtseinsbildung" wahrzunehmen, überläßt Schauer es im Vertrauen auf die Kraft sozialistischer Argumente der "Entwicklung", zu welchen Einsichten die einzelnen Kartellpartner gelangen. So bestätigt der Wille zur Vereinheitlichung eher falsche Positionen als zu ihrer Auflösung beizutragen, wie hier z. B. die des abstrakten Anti-Institutionalismus und die parlamentsorientierte Stimmensammelei. Weder wird zu klären versucht, wie die Parlamentarismuskritik - etwa die von Deppe vorgetragene Analyse - in den Argumentationen und Aktion des Wahlkartells umgesetzt werden soll, welche Möglichkeiten die außerparlamentarische Opposition hat, ihren Forderungen gesellschaftliche Geltung zu verschaffen, noch werden dem Anti-Institutionalismus die ideologischen Momente seiner Begriffsbildung entgegengehalten. Wenn man schon im Titel Köder auswirft, dann hätte im Artikel wenigstens auf die Gefahr hingewiesen werden können, der reaktionären Theorie des Institutionalismus zwar negatorisch, aber in einer diese Theorie eben auszeichnenden Verdinglichung sozialer Gebilde entsprechenden Weise "kritisch" aufzusitzen. Eine solche Konfrontation des falschen Bewußtseins mit seinen Widersprüchen wäre notwendig im Sinne einer - nun aber inhaltlich verstandenen - "Vereinheitlichung der Opposition und die Entwicklung neuer Organisations- und Aktionsformen mit dem Ziel, die Bewegung gegenüber den Herrschenden zu einer Bewegung für sich werden zu lassen.

III.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die verkürzt an politischen Phänomenen und verdinglichten Bewußtseinslagen ansetzende Analyse zur Begründung der Wahlaktion aus der Einführung des Mehrheitswahlrechts und dem Anwachsen der NPD einerseits und einem abstrakten Begriff, unvermittelt nebeneinanderstehenden Charakterisierungen der außerparlamentarischen Opposition als dem angenommenen Aktionssubjekt andererseits führt. Die Schwierigkeiten, die nur in ihrem negativen Bezug auf die Parlamentsparteien einheitlich zu bestimmende Oppositionsbewegung - "außerparlamentarisch" - positiv festzulegen und ihre objektive Funktion einheitlich und konkret zu qualifizieren, reflektiert Schauer nicht; er ersetzt die Analyse durch Deskription und Interpretation. So wird die außerparlamentarische Opposition in unterschiedlichen Bezügen bezeichnet als radikal-/real-/fundamentaldemokratisch, antiautoritär, fundamentaloppositionell, antikapitalistische (Reform-)Bewegung (mit revolutionären Teilgruppen) oder gar als "Partei im großen hinstorischen Sinne" (vgl. H. Schauer: Radikale Opposition und sozialistische Politik, in "Die Große Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken", Ffm. 1967, S. 64). Als Begriffshuberei erweist sich diese Methode insbesondere dann, wenn die genannten Charakterisierungen subsumiert und zugleich aufgelöst werden in dem Verständnis der außerparlamentarischen Opposition als Protestbewegung, der Stimmabgabe für die Oppositionsliste bei der Wahl als Dokumentation von Protest und der Funktion der Wahl für uns als Gelegenheit zur Registrierung von Proteststimmen, Protestquantität.

Das qualitative Verständnis des projektierten Kartells als Ausdruck eines gemeinsamen Nenners aller Organisationen und Gruppen der außerparlamentarischen Opposition: Widerstand gegen die Politik der Großen Koalition und Aufklärung über als Protest gegen die Entfunktionalisierung des Parlaments und der Wahlen, wird aufgrund des quantitativen Ansatzes zu einem radikaldemokratisch-reformistischen Kompromiß zwischen den das Kartell bildenden Gruppierungen als inhaltlicher Bestimmung ihrer Zusammenarbeit führen. Weder wird es möglich

sein, der Politik des "Establishments" eine konkrete und differenzierte Alternative entgegenzustellen, noch kann der außerparlamentarischen Opposition eine ihre inhaltlichen Schranken und Widersprüche und ihren organisatorischen Partikularismus überwindende Perspektive als Kriterium einer notwendigen Umorientierung theoretisch und praktisch sichtbar gemacht werden. Hier wird deutlich, wie die formal-quantitative Taktik die inhaltlichen Intentionen der Konzeption zu illusionären Postulaten werden läßt. Da im Interesse einer Verbreiterung der Volksfront weiter am Pluralismus von linksliberalen, linkskirchlichen, radikaldemokratischen, linkssozialdemokratischen und verschiedenen sozialistischen Argumentationsketten wird festgehalten werden müssen, wird sich die gemeinsame Opposition weiterhin darauf beschränken müssen, systemimmanent Anspruch und Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft einander demonstrativ zu konfrontieren. (Als ein Indiz dafür mag die Passage des Artikels über das Parlament als eine in Anführungszeichen gesetzte Volksvertretung gelten - diese in Anführungszeichen allein sind deutliches Symptom der Widersprüche der Gesamtkonzeption.) Innerhalb des mit dem Kartell gegebenen Rahmens, einem pluralistisch verstandenen Argumentations- und Aktionszusammenhang nach dem Modell etwa der Funktionsweise frühbürgerlicher Öffentlichkeit, können die Sozialisten zwar ihre Positionen zur Diskussion stellen und hoffen, Teile der anderen Gruppen durch bessere Argumente überzeugen zu können; sie müssen aber, um der Einheit der Wahlkampagne willen darauf verzichten, eine ihren Zielen, ihrer praktischen Erfahrung und ihrem spezifischen Aktionsfeld entsprechende emanzipative Praxis notfalls selbständig zu entwickeln und zu praktizieren.

Wie unter diesen Bedingungen einer Volksfront die "aussichtsreiche und entwicklungsfähige Einheitsfront" entstehen kann, darüber ist der Konzeption Schauers nichts zu entnehmen. Der an den bestehenden Strukturen und Funktionsweisen der außerparlamentarischen Opposition nämlich nur anknüpfende, sondern diese bestätigend ein inhaltliches Kontinuum der politischen Positionen der Beteiligten sowie die Möglichkeit einer Kontinuität der Praxis dieser außerparlamentarischen Oppositionsbe-

wegungen unterstellende Ansatz - die Zusammenfassung der Fraktionen der "Partei im großen historischen Sinne" in einem Kartell als optimale Perspektive - ignoriert unter pragmatischen Gesichtspunkten die Schranke zwischen reformistisch-realpolitischer und revolutionärer Theorie und Praxis. Aus der vorgelegten Konzeption geht nicht hervor, wie denn der Widerstand der bisher entsprechend der Verfolgung von "single purposes" struktuierten Bewegungen organisatorisch und taktisch verallgemeinert werden kann. Dazu bedürfte es der inhaltlichen Vermittlung der Einzelforderungen zu einer revolutionärer Praxis Ausdruck verleihenden und ihr Ziel bezeichnenden programmatischen Alternativperspektive gegenüber der Politik der Herrschenden. Im Gegensatz zur bloßen Fortsetzung der protestbestimmten, den Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit der gesellschaftlichen Organisation demonstrierenden Opposition, wäre in einer Konzeption revolutionärer Politik dem Totalitätsbezug der bisher vertretenen Einzelforderungen theoretisch und praktisch explit Rechnung zu tragen: sollte eine sich der Notwendigkeit revolutionär Emanzipation bewußte Bewegung intendiert werden, die die Möglichkeit hätte, ihre Opposition inhaltlich zu bestimmen als Taktik im Hinblick auf das Ziel, die positiven Bedingungen sozialer Emanzipation zu realisieren. Dann, wenn es auch richtig ist, daß die single purposes der einzelnen Einpunktkoalitionen mehr sind als isolierte oder isolierbare Einzelziele, daß sich also die Einzelbewegungen - auch unabhängig vom Bewußtsein der Beteiligten - gegen das System der sozialen Reproduktion als Ganzes richten, so ist das Bewußtsein dessen doch den Sozialisten vorbehalten - und den Herrschenden selbst. Die single-purpose-Orientierung der Einzelkoalitionen aber ist deren Stärke und Schwäche zugleich: einerseits ermöglicht sie die Mobilisierung verschiedener Gruppierungen in den einzelnen Koalitionen (man vergleiche etwa "Notstand der Demokratie" und "Kampagne für Abrüstung", "Demokratische Linke" u.a.), andererseits aber bleibt das Selbstverständnis auf ein Nein oder einen Katalog von Neins beschränkt. So ist es den Herrschenden möglich, relative politische Erfolge einer solchen Einpunktbewegung zumindest teilweise dadurch aufzuheben, daß sie ihre Interessen auf Wegen zu realisieren suchen, auf denen ihnen keine Einpunktbewegung begegnet. Dieser Zusammenhang wird klar, wenn man sich das Verhältnis von Notstandsgesetz-

gebung und Stabilisierungsgesetzen im Hinblick auf das Verhältnis zwischen der defensiven Notstandsopposition und der offensiven Politik der Herrschenden vergegenwärtigt, oder die Tatsache, daß die Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam zwar gegen diesen Krieg und dessen Unterstützung durch die Bundesregierung kämpft, die aber schweigt (oder doch nur sehr allgemein darauf hinweist), wenn Katzenbach die BRD zur Kasse bittet, und sich nicht um die das US-Kapital begünstigende Steuergesetzgebung der BRD kümmert. Die Parzellierung der Opposition in Einpunktkoalitionen mindert ihre ohnehin beschränkte soziale Relevanz entscheidend. Das Gegenprinzip zeigt sich in der Politik der fortgeschrittensten Teile der Studentenbewegung; und nicht zufällig "gelingt" es dieser, das taktische System der Herrschenden zu sprengen und, wie in Berlin, die faktische Repression als Inhalt der wie immer demokratisch verschleierten Herrschaft sichtbar werden zu lassen. Und nicht zufällig versucht man, diese Bewegung zumindest in syndikalistische Schranken zu weisen, sie auf unmittelbare Hochschulpolitik zurückzutreiben.

Der die Parzellierung der Opposition nur kritisch zur Kenntnis nehmende Pragmatismus der Kartellpolitik aber macht es nicht einmal möglich, die objektiven Bedingungen der Opposition in die Konzeption einer vorwärtstreibenden Politik einzubeziehen; weder gibt es aufgrund des abstrakten und verkürzt politischen Ansatzes objektive, gesamtgesellschaftlich vermittelte Kategorien zur Einschätzung der "Erfolge" der Opposition, geschweige denn der Protestbewegung, noch die Möglichkeit, das "politische Risiko" der Wahlaktion konkret und differenziert zu kalkulieren.

Die Vorstellung einer kontinuierlichen Fortsetzung der außerparlamentarischen Opposition zur Durchsetzung der bisher erhobenen und "von Fall zu Fall" zu ergänzenden Forderungen, ignoriert die spezifischen Bedingungen des Wahlkampfes. Diese können hier aber nicht erörtert werden. Es sei lediglich darauf hingewiesen, daß eine Wahlkampagne der außerparlamentarischen Opposition - gleich in welcher Form, d.h. mit oder ohne eigene Kandidatur, in besonders scharfer Weise

jedoch im Falle der Kandidatur - heftige Reaktionen seitens der etablierten Parteien provozieren wird, die die bestehenden Koalitionen sprengen werden; daß es einer konkret-differenzierten Argumentation bedürfte, um den Unterschied von Interessenvertretung und Akklamations- bzw. Protestdemonstration deutlich werden zu lassen, neuer Agitationsformen, um durch Aufklärung nicht abstrakte Identifikation zu erreichen, sondern ein konkretes Bewußtsein der eigenen Lage und Interessen oder doch zumindest die Einsicht in die Relevanz bestimmter historisch-konkret anstehender Fragen; daß es neue Aktions- und Organisationsformen zu entwickeln gilt, die den Prozeß der Selbsterziehung durch Selbsttätigkeit vorantreiben, d.h. Bewußtsein in solidarisch-kooperativem Kampf praktisch werden lassen könnte, statt in konventioneller Weise Mitglieder zu werben und um Akklamation zu bitten.

Das formale Verständnis der Vereinheitlichung der außerparlamentarischen Opposition ignoriert die historischen Bedingungen, die zu den Einpunktkoalitionen führten, sie notwendig und möglich machten, die sie bis jetzt bestehen ließen, ihnen aber zugleich Schranken setzen. Es läßt sich kaum übersehen, wie entscheidend die Ideologie des Antikommunismus zur Bildung dieser Koalition beigetragen hat und daß sie nur als Reaktion gegen einige Momente der Politik des Kalten Krieges und gegen die Versuche der Herrschenden, auch die formale Geltung des Grundgesetzes aufzuheben oder einzuschränken, zustandekommen konnten; daß ihre Kampagnen als Abwehrkämpfe geführt worden sind und werden mußten (Nein zu den Notstandsgesetzen, Nein zur Rüstungspolitik, Nein zum Krieg in Vietnam) und daß eine Zusammenfassung eben wegen der mangelnden inhaltlichen Einheitlichkeit der Opposition allenfalls unter einem Nein zum Mehrheitswahlrecht (und um den Preis der Trennung von sozialdemokratisch und liberal fixierten Teilen der Opposition unter der Parole "Raus aus der NATO") in einer neuen Einpunktbewegung möglich ist. Wobei sich dann allerdings die Frage stellt, ob es dazu - als Konzession an die sog. "Bonn-Fixierten" - eines Wahlkampfes für eigene Kandidaten bedarf. Davon abgesehen, kann die Chance einer solchen neuen Einpunktbewegung nicht ohne Rücksicht auf die gegenwärtig

stattfindende Auseinandersetzung zwischen Sozialisten und Liberalen eingeschätzt werden. Zumal diese Kontroverse nicht eine rein theoretisch-prinzipielle und auf undogmatische Sozialisten und Formalliberale beschränkt ist, sondern sich vielfach gebrochen fortsetzt an der Auseinandersetzung über Aktionsformen und Forderungen der Studentenopposition und die Politik des SDS auch zwischen anderen Teilen der außerparlamentarischen Opposition. Es distanzieren sich ja z.B. nicht nur die Mittel- und Linksliberalen vom SDS und seiner Politik, sondern ebenso die in traditionellen Kategorien des Klassenkampfes der "klassischen" Arbeiterbewegung befangenen Sozialisten, die nicht einsehen können, daß es angesichts der konkreten Bedingungen politischer Praxis heute anderer Aktionsformen bedarf auch dann, wenn man weiterhin daran festhält, daß die Revolution nur als Klassenkampf des Proletariats gelingen kann. Und diese Distanzierung vom SDS und seinen experimentellen Ansätzen ist eine kategorische. Über die strikte Ablehnung der Formen des Studentenprotestes seitens der traditionalistischen sozialistischen Gruppierungen hat nicht zuletzt die Februarkonferenz des Sozialistischen Zentrums aufschlußreich informiert.

Der Ruf nach Argumentationen und Aktionen, die die außerparlamentarische Opposition im Sinne revolutionärer Emanzipation umstrukturieren sollen, hat so lange keinen realen Gehalt, so lange nicht die praktischen und organisatorischen Voraussetzungen einer solchen Revolutionierung der Bewegung konkret mitdiskutiert werden, zumindest in Ansätzen Vorstellungen darüber entwickelt und zu praktizieren versucht werden, wie und ob in einer Wahlkampagne solche Aktionen überhaupt möglich sind.

Daß auch in diesem Zusammenhang die Organisationsfrage nicht gestellt wird, sich Schauer nur negativ abgrenzt von offensichtlich inadäquaten Organisationsmodellen und Parteibegriffen, ist kein Zufall. Sobald er nämlich versuchen würde, die Struktur der "Bewegung" im Verhältnis zu ihrer Taktik und Perspektive konkret zu erörtern, müßte der Gegensatz von quantitativen und qualitativen Erfolgskriterien und von refor-

mistischem und revolutionärem Bewußtsein den Schleier des Protestbegriffes durchbrechen.

Schauers zu neuen Ufern strebende Politik schneidet sich selbst den Weg ab. Seine Konzeption verlangt zwar, die Bewegung solle sich von unten her entwickeln und strukturieren - allgemeine Diskussion der Perspektive und Aktionsweise - ist aber andererseits darauf angewiesen, daß die bestehenden Organisationen und Bewegungen, die nach traditionellem Muster organisiert sind und also von ihren Organisationsspitzen repräsentiert und geführt werden, sich zusammenschließen. Die Konzeption kann nur verwirklicht werden, wenn sich die Entscheidungsgremien der Einzelorganisationen bereit finden, deren Sonderinteressen bis zur Wahl zugunsten der Maximierung von Proteststimmen als dem gemeinsamen Interesse zurückstellen, d.h. die ihrer bisherigen Praxis zugrundeliegenden theoretischen Positionen auf einen Nenner zu bringen oder aber pragmatisch sich auf eine gemeinsame "Taktik" zu einigen. Inhaltlich kann dieser gemeinsame Nenner der verschiedenen Motivationen und Argumentationen nur ein Kompromiß sein, der mangels eines für alle Beteiligten gleich verbindlichen analytischen Ansatzes und politischen Anspruchs nur als ein Katalog unvermittelt-reformistischer (oder -utopischer) Forderungen gedacht werden kann: als Ausdruck und Folge der additiv-vereinheitlichenden Taktik Schauers und des sich mehr nach Prinzipien der Machtpolitik als nach einer aus konkreter Analyse gewonnenen Einsicht in die Notwendigkeit und Einschätzung der Möglichkeit und der praktischen Erfordernisse einer revolutionären Politik.

Diese kompromißbestimmte "Vereinheitlichung" und die Bedingungen, unter denen sie zustande käme, wird die bestehenden Organisationsformen nicht sprengen, sondern sie noch weiter verfestigen, da sie als die Voraussetzung (und die Mitgliederzahl als ein Gradmesser) wirksamer Interessenpolitik gemäß dem Selbstverständnis der Einzelgruppierungen innerhalb des Kartells gelten werden. Kommt es zu keinem Konsensus über die inhaltliche Grundlegung der "Einheit", so bleibt nur ein mechanisches Zusammengehen, ein pragmatisch-

taktischer Zusammenschluß. Das wiederum bedeutet, daß heftige Kämpfe zwischen den Fraktionen der fiktiven "Partei im großen historischen Sinne" über Perspektive und Taktik der Wahlkampagne nicht ausbleiben werden. Die beteiligten Gruppen werden schließlich danach trachten, gestärkt aus dem Bündnis hervorzugehen, also die geforderte "Bewußtseinsbildung" ihrem je spezifischen Selbstverständnis gemäß zu betreiben und Mitglieder zu gewinnen. Die unter dem inhaltlich so unverbindlichen Aspekt einer möglichst erfolgreichen (quantitativ) Wahlbeteiligung zu einem zeitlich begrenzten Zweckverband zusammengefaßten Einzelgruppen werden dementsprechend ihre unterschiedlichen und z. T. gegensätzlichen Ansätze in heftigen Auseinandersetzungen über die Argumentation gegenüber den "Zielgruppen" und die Aktionsformen eher reproduzieren als aufgeben: man denke etwa an die Frage, wie die allgemeinen Forderungen differenziert und positiv konkretisiert werden sollen, welche neuen Forderungen in den Katalog aufzunehmen sind, oder an die Entscheidungen darüber, wer wo kandidieren soll und wie der Wahlkampf praktisch zu führen ist, ob oder ob man nicht zugunsten oppositioneller SPD-Kandidaten auf die Quantifizierung von Proteststimmen verzichtet (dieser Vorschlag ist bereits gemacht worden und belegt besonders deutlich den abstrakten Oppositionsbegriff und zudem die "taktische" Verwirrung als Folge der ungeklärten Perspektive).

Statt sich mit Problemen wie den hier angedeuteten auseinanderzusetzen beschränkt Schauer sich auf Appelle und die Behauptung, daß es sich in einer "offenen" Situation um eine lebendige Bewegung handele, so daß diese sich im Laufe der Aktionen strukturiere und also quasi selbst produziere, daß es allein auf die Kraft der Argumente und die Reflexion der aktiv gewonnenen Erfahrungen ankomme, um die optimale Taktik und Struktur zu entwickeln. Der vorgelegten Kartellkonzeption aber entspräche es, daß die Bewegung nach innen eine andere wäre als nach außen. Intern müßten die Sozialisten versuchen, in der Diskussion über Methoden und Ziele der Aktionen eine inhaltliche Vereinheitlichung dahingehend zu erreichen, daß sich die ethische Opposition in eine sich politisch-klassenkämpferisch begreifende Emanzipationsbewegung

umwandelt, während die nach außen im Sinne der Stimmenmaximierung als radikaldemokratischer oder aber divergierende Argumente vertretender Agitationsverein aufträte.

Die Widersprüchlichkeit des doppelten organisatorischen Ansatzes - Diskussion von unten als Ausdruck des Selbsterziehungsprozesses der Beteiligten und Absprachen zwischen Organisationsspitzen zur Grundlegung der Gemeinsamkeit und des Aktionsrahmens - geht auf in Schauers Vorschlag, seine Politik der Offenen Briefe wieder aufzunehmen. Autoritativ und respekteinflößend (also den manipulationsgeprägten Formen der Mobilisierung zur Akklamation glatt entsprechend) sollen wieder mal Professoren und von der Öffentlichkeit als Prominenz Anerkannte die Bewegung nach außen repräsentieren und den Oppositionellen Reputation und Selbstbewußtsein verleihen. So wie nicht die Praxis vermittelt zwischen Bewußtsein und Ziel, sondern die Diskussion, so stellt sich die "Bewegung nicht dar in ihren Aktionen, sondern durch "Persönlichkeiten". Statt des Versuchs, Bewegung und Ziel durch solidarisch-kooperativ entwickelte Aktionsweisen und Organisationsformen und eine am Ziel der revolutionären Emanzipation orientierte, praktisch zu vermitteln, propagieren Prominente die Kompromißformeln der Organisationsspitzen. Als eine Art "commonsense" werden die Inhalte des Kompromisses zu Kriterien der Vereinheitlichung und damit als Plattform und Rahmen der Gemeinsamen Aktion dekretiert. Die Erwähnung der Zahl der Professoren, die den Notstandsappell an die Gewerkschaften unterzeichnet haben, kann hier nur als Ausdruck von Euphorie verstanden werden, die jedoch kein Zufall ist. Der Kartellansatz macht also die Vermittlung von Bewegung und Ziel zur Sache eines Kompromisses zwischen gruppenspezifischen Bezugssystemen im Hinblick auf die als Protestwähler zu Mobilisierenden. Damit wird der Anspruch, die Bewegung solle sich in einer lebendigen Diskussion auf allen Ebenen strukturieren, bereits im Ansatz weitgehend zurückgenommen zugunsten einer Bewegung von nach taktischen Kompromissen Bewegten. Um die "Einheit" des Kartells zu wahren, wird die es repräsentierende und die Politik im einzelnen festlegende "Führung auf Zeit" den Kompromißnenner der divergierenden politischen Kräfte

immer erneut gegenüber Sonderinteressen durchsetzen müssen. Diese Kompromisse als politische Inhalte und die "pluralistische" organisatorische Struktur der Bewegung entleeren den letzten Satz des Artikels zur Phrase. Wer die vorgetragene Konzeption für eine der politischen Situation adäquate und den Sozialisten optimale Möglichkeiten eröffnende Aktionsprogrammatik hält und alles andere als entweder "leere Aktionen" oder "totes Papier" abqualifiziert, der macht - günstigenfalls - den Fehler, seine realpolitisch-voluntaristische Interpretation der Aktion für deren Wesen zu halten.

Bestandteil einer sozialistischen Politik sein kann, ja sogar Bewußtsein zu vermitteln vermag. Offen oder versteckt steht hinter dieser Rechtfertigung die Überlegung, wir müßten für das Wahlverhalten des Einzelnen eine "positive Option" anzubieten haben. Das Problem existiert.
Der Widerspruch, daß man, um das Parlament und die Unmündigkeit des Bewußtseins zu entlarven, gerade nachweisen muß, daß eine linke Partei zur Zeit keine Chancen hat, während andererseits die Konsequenz daraus schlicht eine Niederlage der Linken ist (welche sich in den absurden Wettkampf mit Wahlmillionen und Springerblättern einläßt), und so zum Rückfall und der Resignation führen kann, wird nicht angesprochen.
Die Frage, wie ein "linker Parlamentarier" unter strikter Sabotage durch Presse und Fernsehen seine "Entlarvung" vornehmen soll, die Frage, wie, wann und wo endlich das Versprechen einer nicht nur verbalen Verbindung von Tageskampf und politischer Strategie eingelöst werden soll, die Frage, wie der zentristische Verein von den Friedens- und Koexistenzparolen loskommen soll, die von einem Teil der Verbündeten erzwungen werden, - diese Fragen stellt man besser nicht erst. Sollte die Meinung bestehen, daß ich noch nicht hinreichend belegte, wo hier der Voluntarismus liegt, so weise ich nur auf die Tendenz der Sammlungsbewegungen hin, der sicheren Niederlage durch politische Fleißarbeit zu entgehen.

3. "Aktiver Antiparlamentarismus"
Man spürt einen Hauch von "Randgruppentheorie" - in jener Urform, die von Rabehl, Dutschke u.a. längst einer marxistischen Kritik unterzogen ist - wenn sich die "Gegenposition" darstellt. Das Parlament ist funktionalisiert, also muß eben dies entlarvt werden. Daß es ebenfalls eine Fixierung auf das Parlament darstellt, sich in ihm den Hauptgegner zu suchen; daß die Hoffnung, es sei möglich, die Entwicklung von der oben beschriebenen Enttäuschung zur klaren Entlarvung von außen, also durch uns zu induzieren, verdammt nach Aufklärung riecht; daß bei dieser Konzeption dem Opfer der Aufklärung nichts übrigbleibt, als sich die entlarvende Aktion mitanzusehen und sie zu verstehen oder eben nicht, wurde nicht diskutiert.

Wenn mir hier also die "positive Option" fehlt, so nicht als Wahlentscheid, sondern als Verhaltensentscheid. Es geht nicht um das Verhalten im Wahlkampf, sondern darum, das historische Subjekt der laufenden Entwicklung nicht zum Objekt zu degradieren. In dieser sterilen Form ist der"aktive Antiparlamentarismus" nichts anderes als die Kehrseite des -egal durch welche Hintertüre - dem Parlamentarismus verfallenen eklektischen Zentrismus.

4. Was heißt eigentlich Klassenkampf?

Beiden Richtungen gemeinsam ist die Vorstellung, die Arbeiter wollen die SPD zerschlagen und die Hoffnung, sie würden das auch tun.

Von der feststellbaren Enttäuschung bis dahin ist aber noch ein langer Weg, ein Weg, der insbesondere abgesteckt ist durch den Grad unserer Fähigkeit, ein proletarisches, antikapitalistisches Potential zur antikapitalistischen Aktion zu mobilisieren.

Wir sollten diesen Weg weder in Abhängigkeit von (für sonstige Zusammenarbeit durchaus willkommenen) Verbündeten beschreiten, die das Wesen der derzeitigen Auseinandersetzungen immer noch mit den Maßstäben der ersten Nachkriegszeit verkennen, noch in unweiser Beschränkung auf ein "antiautoritäres Potential", welches den Schritt zur systemüberschreitenden , antikapitalistischen Aktion kaum gehen kann.

a. Es ist richtig, daß die Arbeiter zur Zeit Klasse an sich, nicht für sich sind.

b. Es ist richtig, daß die ökonomische Situation bei uns nicht mehr die ist, in der die totale Integration der Arbeiterschaft vollzogen wurde. Jeder Bewußtwerdungsprozeß ist jedoch retardiert durch die enge Verflechtung von ökonomischer und politisch-gesellschaftlicher Machtausübung. ( Die durch "konzertierte Aktion" verschleierte Ersetzung der Integrationsmethoden durch Disziplinierungsmethoden war wesentlicher Teil des wirtschaftlichen Auftrages der Großen Koalition, die Bedeutung der Rüstung und des Kampfes um auswärtige Märkte für Lohnniveau und Schärfe der sozialen Kämpfe ist oft undiskutiert.)

c. Angesichts dieser Verflechtung kommt in der Tat den in Bewegung befindlichen Randgruppen eine besondere Bedeutung zu. Ihre Funktion erschöpft sich nicht in aufklärerischen "Vorbild"-

spielen oder"entlarven", sondern es muß das Ziel sein,ihre Aktion zur Initialzündung werden zu lassen. Die Vereinigung der real existierenden Bewegung (welche sozial nicht im Kernbereich des Proletariats angesiedelt ist) mit dem historischen Subjekt- dessen Aufgaben schon deshalb nicht von uns übernommen werden kann, weil zu viele d er Zentralnerven rein ökonomisch sind und sich unserem Zugriff entziehen- welches sich erst als Subjekt konstituieren muß, kann nur eine Vereinigung in der Aktion sein, eine Vereinigung, die einer vektoriellen Addition gleichkommt, deren Resultante auf den Bestand des politisch-ökonomischen Apparates weist.

d. Kompromisseean gescheiterte Konzepte haben noch nie viel eingebracht.Etwas völlig anderes ist die Anknüpfung der Agitation und ( teilweise ) der Aktion an das Bewußtsein der Abhängigen. Das Konzept der Übergangsforderungen oder antikapitalistischen Strukturreformen im Sinne Mandels bedeutet nichts anderes als die Ausschöpfung der objektiven Möglichkeiten zur antikapitalistischen Aktion.Im Gegensatz zu reformistischen Konzeptionen gerät es nie in einen Widerspruch zu den langfristigen Zielen der revolutionären Bewegung, da es nur der Transmissionsriemen zwischen diesen und den unmittelbar verstandenen Tagesinteressen ist.

5. Versuch einer Alternative.

Die Funktionalisierung des Parlamentes kann nur sinnvoll entschleiert werden durch den konkreten Beweis der Wirksamkeit von Aktionen der direkten Demokratie anstelle der unwirksamen Versuche, über parlamentarische Instanzen oder die Parteiführung der SPD Einfluß im Sinne der Arbeiter nutzbar zu machen.

Bei diesen Aktionen dürfen die Arbeiter nicht Zuschauer, nicht zu beeinflussendes Objekt bleiben, sondern sie müssen Subjekt, aktive Teilnehmer werdem. Die Aktionen sind entsprechend auch vor allem dort anzusetzen, wo Konfliktbewußtsein besteht ( Ruhrgebiet, z.T. auch Springer ).

In dem Maße wie dies gelingt, wird auch die Unterstützung derjenigen Aktionen durch Arbeiter denkbar, die bisher von uns allein getragen werdem.

Initialzündung für solche Aktionen sind die Handlungen der aktiven Minderheit. Ihr werden einige Aufgaben auf etwas längere Sicht vorbehalten bleiben ( Vietnam, Lateinamerike usw. werden erst all-

mählich in die gemeinsamen Aktionen aufgenommen werden können.)
Die Abwendung vom Parlament isr so identisch mit der Schaffung von antikapitalistischen Potential.
Die Grundbedingung jeder sizialistischen Strategie in unserer Zeit ist, die existierende antiautorizäre Bewegung und das Proletariat als diepotentiell revolutionäre Klasse in ihrem Zusammenhand zu begreifen.

DOKUMENTATION

I.A. E. Jedamus, H. E. Schmitt, E. Eisner

Der B.V. und die traditionalistische Gefahr:

Nach Ansicht des B.V. ( Rundschreiben vom 7.1.68 und 4.2.68 ) gilt es, "von traditionellen Organisationsvorstellungen für die außerparlamentarische Opposition in der BRD abzugehen.""Wenn die Bildung einer sozialistischen Partei für die nächste Zukunft nicht ausgeschlossen wird,kann der SDS sich derartigen unausgewiesenen Organisationsvorstellungen gegenüber nicht passiv verhalten", würden sie doch "fundamentaloppositionelle Protestbewegung" in "kabinettspolitisches Kalkül" ziehen.
Durch die so ausgedrückte Ablehnund aller zur Zeit vorhandenen Formen des Zusammenschlusses löst sich für den BV die Frage, ob einee Wahlbeteiligung der Linken sinnvoll sei, scheinbar von selbst: "Der BV stellt fest, daß diese Organisationsvorstellungen die Illusion erzeugen, als könne die parlamentarische Aktion heute noch wesentlich sein für den Kampf der Arbeiterklasse." (4.2.)
Es wäre wünschenswert zu wissen, wieso der BV als festen Punkt seiner Argumentation- "unausgewiesen"- die Ablehnung der Wahlteilnahme v o r a u s s e t z t , ferner, was mit der "traditionalistischen Organisationsform" eigentlich gemeint ist. Unzweifelhaft ist die Integration der jeder antikapitalistiaschen Opposition durch ihre "Parlamentarisierung", d. h. durch die Verlagerung des Schwerpunktes ihres Kampfes ins Parlament und durch die Führung der Organisation durch ihre Fraktion. Diese Form des Selbstmordes ist tatsächlich Tradition, nämlich sozialdemokratische. Ihre Revolutionäre Antithese ( vgl. Agnoli: Transformation der Demokratie) bildet die Ausnutzung des Parlaments ohne organisatorische und politische Fixierung der Bewegung an das Parlament - die Tradition der Bolschewiki und die Tradition Karl Liebknechts) Schließlich gibt es auch die Tradition "antiautoritärer" und anarchistischer Bewegung, seit über 100 Jahren, die feste Organisation und Ausnutzung des Parlaments zu Massenaufklärung ablehnt,- die wesentlich aus diesem Grunde Augenblickserfolge nicht ausnutzen konnte und deshalb in ihren objektiven Auswirkungen als Partner des sozialdemokratischen Traditionalismus angesehen werden kann.
In der jetzigen Diskussion der Sozialisten, die sich an

den gegenwärtigen Ansätzen zur Formierung der Opposition beteiligen, geht es nicht um fertige "Modelle" und mehrheitlich auch nicht um den voluntaristischen Wunsch nach einer Form der sozialistischen(?) Partei für eine in Wirklichkeit wenig homogene Gesamtbewegung, die in ein radikal-demokratisch-sozialistisches Kartell zu fassen sowohl ehrlicher als auch erfolgversprechender wäre. In seiner Polemik gegen SDS-Genossen, die an der Offenbacher Konferenz der Sozialisten teilgenommen haben, verschweigt der BV, daß diese Genossen gerade n i c h t "Modelle" ( wie sie lediglich beim BV- negativ bestimmt- existieren) anbieten, sondern als Sozialisten an der Organisation der Linken und an den konkreten Schritten zu Ihrer e r s t e n Form, der Aktionseinheit, teilnehmen wollten. Der BV verschleiert durch Alarmrufe über die "traditionalistische" der Teilnahme an der "unausgewiesenen" Konferenz die wirkliche Alternative: Teilnahme des SDS an der Aktionseinheit der Linken o d e r Enthaltung, Zufriedenheit mit der jetzt bestehenden Zersplitterung und Desorganisation. In der vom BV verschwiegenen Erklärung der 70 SDS-Genossen in Offenbach heißt es u. a.:

" Der SDS ist nicht die einzige sozialistische Organisation in Westdeutschland und kann es nicht sein. Wir begrüßen deshalb diese Konferenz als einen Schritt zur Aktionseinheit der Linken."

" Die theoretisch und kritisch zwar avancierte, in ihrer politischen Macht aber beschränkte Studentenschaft muß deshalb auf der Basis gemeinsamer Interessen mit den Arbeitern und ihren Organisationen Koalitionen schließen."

"Beim Zusammenschluß der Linken können die Sozialisten an der Hochschule nicht beiseite stehen, sondern müssen aktiv und solidarisch mitwirken."

"Das Führen von Wahlkämpfen betrachten wir als eines der Mittel zur Mobilisierung der Arbeiterschaft und zur Organisation d er Linken."

"Aus diesen geschilderten Gründen beteiligen wir uns als Sozialisten an dieser Konferenz."

Die von der Politik des BV hierzu präsentierte Alternative wurde wohl am besten in der führenden bürgerlichen Presse erfaßt:

"Als Alternative zur Großen Koalition will es (das Soz. Zentr. ) 1969 zu den Wahlen antreten. Wie es freilich die Wählermassen der "glücklichen Sklaven" erreichen will, bleibt ihr Geheimnis: Die Aussicht auf künstliche Belebung des Klassenkampfes ist wenig verlokkend und das Versprechen, die DDR als "bedeutenden historischen Fortschritt" gegen die angeblichen Angriffsgelüste einer im Grunde hoffnungslosen BR in Schutz zu nehmen, wird kein Echo finden. Da kann man den außer- und antiparlamentarischen SDS-Sprechern nur dankbar sein daß sie dieses Unternehmen als ein "sozialistisches Programm mit Opas Methoden" hinstellen."(Süddeutsche Z. 6.2.68, S. 4)

Formierung und parlamentarische Aktion:

Die Definition der außerparlamentarischen Opposition als "antiparlamentarisch" ( sei es, daß man daraus die Schlußfolgerung der "antiparlamentarischen Wahlbeteiligung" zieht ) verfehlt einen wesentlichen Punkt der Strategie demokratischer und sozialistischer Opposition heute in der BRD : die Tendenz des Monopolkapitalismus zur Vereinheitlichung und Ausrichtung im Interesse der Herrschenden richtet sich selbst gegn oberflächliche Ansprüche der Volksvertretung "auf Kontrolle und auf öffentliche Diskussion echter Alternativen (BT-

Debatten' werden zu Volkserziehungskampagnen, s. Debatte über "jugendliche Volksverdrossenheit"); es darf gerade in dieser Situation nicht der Schein des allgemeinen Konsensus und der demokratischen Legitimation der herrschenden Klasse unangefochten überlassen bleiben. Den inhaltlich längst aufgegebenen demokratischen Anspruch aufzugreifen, heißt, eine massenwirksame Waffe zu gebrauchen. (Der Gegner weiß das, s. "Wahlrechtsreform").
Wenn der Verteidigung demokratischer und reformerischer Positionen einmal systemgefährde Bedeutung im staatsmonopolistischen Kapitalismus zuerkannt wurde, dann kann die Teilnahme am parlamentarischen Kampf schon wegen der untrennbaren historisch-funktionalen Zusammengehörigkeit bürgerlich demokratischen Grundrechdenkens und parlamentarischen Anspruchs nicht mehr in Frage stehen.
Dabei ist realistisch in Rechnung zu stellen, daß die von objektiven Prozessen gegebenen Bedingungen ung Möglichkeiten von dem auf dem Boden des bürgerlichen Demokratismus entstandenen Demokratiedenken weitgehend paralysiert werden, - und ebenso, daß wegen der strukturellen Änderungen der Arbeiterklasse durch den Zustrom aus anderen Schichten und durch die Differenzierung im Zuge der technischen Revolution Elemente bürgerlichen Demokratiedenkens weiter gefördert werden. Man muß diese breiten Schichten zunächst schon so nehmen wie sie sind (wenn auch nicht hinnehmen), nur dann kann man sie verändern. D.h. man muß auch auf der parlamentarischen Ebene ansetzen, zumal bei der ideologischen Vieschichtigkeit der heutigen Arbeiterklasse die unmittelbar einheitliche Plattform sehr stark im Bereich des traditionell bürgerlich-parlamentarischen Kampfes liegt und dieser deshalb zu e i n e m (!) Hebel werden kann, um die Geschlossenheit der Arbeiterklasse selbst zu festigen.
Parlamentarische Aktionen stehen unter einem gewissen Zwang, jeden konkreten Schritt der Formierer sofort mit einer konkreten und unmittelbar als realistisch erkennbaren Alternative zu beantworten, die zugleich, ebenso erkennbar, in ein alternatives Gesamtsystem eingeordnet werden kann. Dieser Zwang zur "Vorwärtsverteidigung" macht den Subjekten eines zunächst defensiven Demokratiedenkens den unmöglich statischen und objektiv dynamischen Charakter des Kampfes und damit sie selbst bewußt. Sie entlarvt bewußt auf auf bürgerlich-demokratische Illusionen bezogene Scheinalternativen, macht ( Als Katalysator) die eigentlich lebenswichtigen Fragen unüberhörbar, zerreißt parlamentarische "Verschleierungszusammenhänge" und macht dadurch den Massen klar, wo nach wie vor ihre eigentliche Stärkeposition liegt, in der außerparlamentarischen Aktion und Organisation.
Die Jugenddemonstrationen in Köln, Freiburg, Bremen, Kiel usw. wurden in Presse und Frensehen zumeist niederträchtig verzerrt, um bei der Bevölkerung das Gefühl zu verdrängen, daß gerade sie selbst unter der Erhöhung der Verkehrstarife und der antisozialen Politik der Großen Koalition zu leiden hat, -ferner, um Vorwände für eine Verfolgung der "aktiven Minderheit" zu finden. Welchen Erfolg für die Protestbewegung selbst könnte es bedeuten, wenn auch nur ein einziger Abgeordneter das Panorama der Scheinheiligkeit und Lüge der letzten Bundestagsdebatten durchbrochen und zu weiteren verstärkten Demonstrationen aufgerufen hätte! Ebenso wirkungsvoll kann eine parlamentarische Aktion für einen Streik, zur Aufdeckung des Wahran Inhalts von Gesetzesentwürfen und Veröffentlichung nichtöffentlicher Ausschußberatungen sein. (Usw.) Solche parlamentarischen Aktionen können außerparlamentarische Bewegung nicht ersetzen; sie sind ein Teil dieser Bewegung. Sie können aber propagandistisch helfen, die staatsoffizielle Taktik des totschweigens und Verleumdens zu durchbrechen.

Es bedarf keiner Erläuterung, daß ähnliche z. T. bessere Möglichkeiten für die Tätigkeit von sozialistischen Landtags- und Kommunalabgeordneten bestehen. Gerade sie haden die Aufgabe, eindeutig die Verbindung der sich in Tariferhöhungen, vernachlässigten Kind ergärten, Schulen usw. niederschlagenden finanziellen Abwürgung der Gemeinden und Länder zur Notstands- ,Rüstungs- und US-Kriegsunterstützungspolitik der Bundesregierung herzustellen. Diese Möglichkeiten zur Propaganda von der"Tribüne bürgerlicher Parlamente" (Lenin) ist keine bloße Utopie mehr(eine Umfrage im Ruhrgebiet ergab 8% für die DFU).
Sozialistische Abgeordnete können sich selbstverständlich nicht darauf beschränken, im Parlament aufzutreten; gerade ihre Teilnahme als Abgeordnete an außerparlamentarischen Aktionen kann die Wirksamkeit dieser Formen der praktizierten Demokratie erhähen. Die Aufstellung eigener Kandidaten nur in Wahlkreisen mit rechten SPD-Kandidaten- gekoppelt mit dem Verzicht hierauf im Falle eines "linken" SPD-Kandidaten (so H.Schauer auf der Januarkonferenz der Kampagne für Abrüstung in Essen)-bedeutet Aufgabe einer kosequentenpolitischen Alternative zum formierten CDU/SPD Monopol. Nur durch diese politische Alternative aber kann der Wahlkampf propagandistisch und organisatorisch zu Buche schlagen bei der Linken. Diese Stärkung, die vom Wahlkampf relativ unabhängig zu sehen ist, bedeutet qualitativen Fortschritt gegenüber der rein kontemplativen und resignativen Wahlenthaltung des "Marxisten", der das Mittel der Wahlkampfagitaion vernachlässigt, nachher aber über die Siege der SPD-Sozialfaschisten und der NPD, die unzufriedene Wähler absorbierten, katzenjammert.
Es ist an der Zeit, daß sich die SDS-Gruppen und der Gesamtverband, die sich seit der Trennung von der SPD in allen Wahlkämpfen unsicher und uneindeutig verhalten haben, zur Frage des parlamentarischen Kampfes und konkret zur Haltung vor den Bundestagswahlen1969 einen klaren Standpunkt erarbeiten. Dabei kommt es nicht darauf an, unter vorhandenen Organisationsversuchen zu wählen oder zu verwerfen sondern von vorneherein qualifizierend und solidarisch am Aufbau einer Gegenkraft mitzuarbeiten.

W. Lenin im Brief an P.Kijewski(Bd. 23 S.16)

"Die marxistische Lösung der Frage d er Demokratie besteht darin, daß das seinen Klassenkampf führende Proletariat alle demokratischen Einrichtungen und Bestrebungen gegen die Bourgeosie ausnutzt, um den Sieg des Proletariats über die Bougeosie, den Sturz der Bourgeosie vorzubereiten...Der Marxismus lehrt: der "Kampf gegen den Opportunismus" in der Form, daß man auf die Ausnutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen und von der Bourgeoisie zum Zerrbild gemachtn demokratischen Einrichtungen in der gegebenen kapitalistischen Gesellschaft verzichtet, ist gleichbedeitend mit der völligen Kapitulation vor dem Opportunismus".

Grußwort des BV auf der Arbeitskonferenz des "Sozialistischen Zentrums" am 2. 2. 68 in Offenbach

Kollegen und Genossen,
viele sind heute mit großen Erwartungen zu dieser Konferenz gekommen. Die Sammlung und Zusammenarbeit der linken Organisationen, Gruppen und Grüppchen scheint seit langem zum erstenmal wieder möglich. Es soll für breite Massen der Arbeiterklasse eine Alternative sichtbar gemacht werden zu jener radikalen Minderheit des Regierungskartells, die heute in der großen Koalition ihre Herrschaft sichern will. Diese Arbeit und dieser Kampf müssen organisiert werden, und es ist klar, daß der SDS, der als Kern der Studentenrevolte in einer akuten Kampfsituation - auch außerhalb der Universität - steht, Fragen der Oragnisation vordringlich behandelt. Seit Monaten werden ausführliche Diskussionen zur sozialistischen Tradition der Oragnisationsfrage geführt und die Organisationsvorstellungen im praktischen Kampf realisiert. Und wir wissen, daß unsere Organisationsformen vorläufig sind, daß wir mit der Massenbasis von Zehntausenden von Studenten und Nichtstudenten nicht zufrieden sein dürfen, sondern sie als ersten Anfang verstehen müssen.
Aber wir müssen doch auch fragen, welche Effektivität die Organisation im Klassenkampf unter den ökonomischen und politischen Bedingungen des Monopolkapitals im Jahre 68/69 haben kann und welche Gefahren der Anpassung und des Opportunismus in Organisationsformen liegen, deren wirkliche Funktion im konkreten Klassenkampf nicht analysiert, sondern lediglich postuliert wurde. Wir müssen auch fragen, ob das Parlament noch wie zu Lenins Zeiten zur Tribüne des Klassenkampfes auf Dauer gemacht werden kann. Abgesehen von den Enttäuschungen, die linke Parteien im nachfaschistischen Deutschland immer wieder bei Wahlen erlitten haben, müssen wir auch daran zweifeln, ob eine Kandidatur für den Bundestag auch nur den geringsten Erfolg verspricht, wenn sie in traditionellen Formen durchgeführt wird. Es müßte gezeigt werden, daß das Parlament durchaus nicht funktionslos und überflüssig geworden ist, sondern gerade dadurch zum Manipulationsinstrument wird, daß seine scheinbar demokratischem Formen als politisch notwendig und natürlich vom überwältigenden Teil der Arbeiterklasse angesehen werden. Diese falsche Bewußtsein müssen wir durchbrechen, aber das können wir nicht, wenn wir dem unveränderten Bewußtsein nur eine politische Alternative anbieten, sogar Illusionen propagieren über die Möglichkeit einer radikaldemokratischen Opposition im Bundestag, ohne konkreten Klassenkampf in den Betrieben gegen das Management und die Staatsbürokratie voranzutreiben, sodaß im Kampf das Bewußtsein verändert wird, nicht auf Schulungsabenden, Wahlveranstaltungen oder mit bunten Wahlplakaten. Dei Wahlbeteiligung ist ein Beispiel für die Gefahr, daß die bewußte Protestbewegung ebenso politisch neutralisiert wird wie die Unruhe unter den Kollegen in den Gewerkschaften und Betrieben. D.h.: Sammlung darf heute nicht bedeuten, daß wir die Unruhe und die Aktivität in alten Organisationsformen kanalisieren, bevor die breite Diskussion allen Genossen ganz klar gemacht hat, in welcher Weise der praktische Kampf heute organisiert und koordiniert werden muß. Diese breite grundsätzliche Diskussion ist selbst ein Schritt in der gemeinsamen Arbeit. Sie muß auch hier geführt

werden und sie kann auch heute noch nicht beendet werden.
Deshalb hat der Bundesvorstand des SDS eine a.o. DK für den 29.-31. März nach Frankfurt einberufen. Dort sollen in eingehender Diskussion Formen der Sammlung und Zusammenarbeit diskutiert und beschlossen werden. Eine solche Diskussion ist die Voraussetzung für die gemeinsame organisatorische Zusammenarbeit, sie soll auch verhindern, daß historisch überholte Oragnisationsmodelle kritiklos übernommen werden, ohne das Scheitern der Arbeiterbewegung sozialdemokratischer und stalinistischer Prägung untersucht zu haben. Die allgemeine Ratlosigkeit darf nicht zu Kurzschlußhandlungen und voluntaristischen Parteiprojekten führen.
Der BV hat gestern diese Stellung des SDS nochmals ausdrücklich bestätigt. Wir bedauern, daß ein Mitglied des BV die heutige Konferenz kritiklos unterstützt, indem es an der Diskussion des Aktionsprogramms an wichtiger Stelle teilnimmt, ohne die Grundsatzfragen offen zu klären.
Das Aktionsprogramm ist notwendigerweise voll von Widersprüchen. Eine Menge heimlicher Grundsatzforderungen mischt sich mit guten und schlechten Analysen, mit revolutionären und sozialdemokratischen Forderungen, und wenn ich ehrlich sein soll, muß ich gestehen, daß in die Linke durch solches Durcheinander nur Verwirrung getragen wird und keine Einigkeit.
Die heutige Konferenz kann nur sinnvoll sein, wenn die Diskussion weitergeführt und verstärkt wird, nicht wenn sie abgeschlossen wird. In diesem Sinn ruft der SDS die versammelten Kollegen und Genossen zur theoretischen und praktischen Zusammenarbeit auf.

Gegenerklärung

Es wird allen, die hier versammelt sind, bekannt sein, daß es in der sozialistischen Studentenbewegung zur Zeit grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Vermittlung von Theorie und Praxis - die Frage der Organisation - gibt.
Der 2. Bundesvorsitzende des SDS Frank Wolff hat mit seiner Begrüßungsansprache den Eindruck erweckt, die einhellige Meinung des Gesamtverbandes wiederzugeben. Es ist jedoch zur Frage der Organisierung der Sozialisten in der BRD eine a.o. DK für Ende März einberufen worden.
Der SDS ist nicht die einzige sozialistische Organisation in Westdeutschland und kann es nicht sein. Wir begrüßen deshalb diese Konferenz als Schritt zur Aktionseinheit der Sozialisten.
Das Gemeinsame der Bereiche der Produktion der Produktivkräfte Wissenschaft und ausgebildete Wissenschaftler einerseits und materielle Produktion andererseits ist, daß sie strukturell ähnlich organisiert sind. Abhängigkeitsverhältnisse hier wie dort ergeben sich dadurch, daß Arbeitskraft und Arbeitsprodukt Warencharakter haben, deren Marktwert und Einsatz nicht von den unmittelbaren Produzenten kontrolliert werden. Aus der objektiven Interessenentsprechung bei Arbeitern und Studenten ergibt sich, daß die Studenten nur dort Hilfe finden werden, wo ähnliche Bedürfnisse nach Veränderung der Gesellschaft bestehen, und die Menschen in gleicher Weise Gegenstand der Verwertung des Kapitals sind.
Die theoretisch und kritisch avancierte, in ihrer politischen Macht aber beschränkte Studentenschaft muß deshalb auf der Basis gemeinsamer Interessen mit den Arbeitern und ihren Organisationen Koalitionen schließen.
Beim Zusammenschluß der Linken können die Sozialisten an der Hoch-

schule nicht beiseite stehen, sondern müssen aktiv und solidarisch mitwirken.
Das Führen von Wahlkämpfen betrachten wir als eines der Mittel zur Mobilisierung der Arbeiterschaft und zur Organisierung der Linken.
Aus den geschilderten Gründen beteiligen wir uns als Sozialisten an dieser Konferenz.
(unterzeichnet von bereits mehr als 50 Mitgliedern des Soz. Deutschen Studentenbundes)

==========

## NACHWORT DES BUNDESVORSTANDES

Die Diskussion über die Wahlbeteiligung wird nicht zufällig das Zentralthema der außerordentlichen Delegiertenkonferenz. Die Revolte an den Hochschulen hat einen Punkt erreicht, der die Notwendigkeit, Kontakte und Koalitionen der Aktion mit anderen Schichten und Gruppierungen der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter, zu finden, offenkundig werden läßt; ohne einen größeren sozialen Rückhalt kann die antiautoritäre Revolte der Studenten und Schüler nicht verstärkt weitergeführt werden. Die Diskussion über die Wahlbeteiligung konzentriert sich deshalb auf das Problem der Umwandlung der antiautoritären Revolte an den Schulen und Universitäten zur sozialistischen Massenaktion in den Betrieben und Arbeiterwohngebieten, ohne der Illusion einer "linken" parlamentarischen Politik zu verfallen.
Die Analysen über den Parlamentarismus, soweit sie im SDS geführt wurden von Deppe (nk 44) über Schauer (nk 45, Der lange Marsch...) bis Krahl und Dutschke (22. o.DK), drücken, soweit sie die marxistische Theorie berücksichtigen, in abstracto die Tendenz der Verstaatlichung der Gesellschaft im Interesse der expandierenden Industrie der Großkonzerne aus, hüten sich aber vor einer konkreten Analyse der Machtstruktur in der BRD und der internationalen Verflechtung des Imperialismus über NATO und EWG. Die Parlamentarismusdebatte wiederholte vollkommen unvermittelt den theoretischen Streit zwischen linken Kommunisten und den zentristischen Leninisten und wurde zum Gezänk der Marxphilologen, denen die konkrete Praxis jenseits

der Phrase so ziemlich gleigültig war ( s. Eisner nk 44). Auch die soziologische Untersuchung des "funktionalisierten" Parlaments als Instution des Staates, die sich mehr auf Kirchheimer, Habermas und Agnoli bezog, vermochte nicht die konkreten Widersprüche zwischen den einzelnen Interessengruppen und staatlichen Bürokratien aufzudecken, um von daher entweder die Sinnlosigkeit der Wahlbeteiligung oder die Bedeutung eines "revolutionären" Parlamentarismus abzuleiten. Willkürlich entschied man sich für das eine oder das andere, indem man sich einmal auf den Horkheimer der 4oer Jahre berief (integraler Etatismus) oder Leninzitate aus dem Anfang der zwanziger Jahre bemühte (Parlament als Tribüne des Klassenkampfs).

Die Entscheidung, ob Massenaktionen in bestimmten Gebieten (Ruhr, Schleswig-Holstein etc.) oder die Durchführung von Wahlkampagnen, verlangt vom SDS eine genaue Einschätzung der eigenen Kräfte und die der Bündnispartner ( von VUS bis Ostermarsch), soll der SDS nicht nur Hilfsmannschaft irgendwelcher "linksdemokratischer" Wahlkartelle werden. Die Vorbereitung der Massenaktionen, die Analyse der Konflikte und Widersprüche, ihre Auswertung für die Agitation, die Kontaktnahme mit Gruppen der Arbeiter in den Betrieben bedeuten für den SDS die organisatorische Umstrukturierung des Verbandes; wissenschaftliche Institute und Projektgruppen müssen eine kontinuierliche Arbeit gewährleisten. In diesen Vorbereitungen der Aktionen wird außerdem die Bereitschaft der verschiedenen sozialistischen Organisationen geprüft, diese Aktionen zu unterstützen. Sie stehen unter Diskussionszwang, der den Gestus der "brüderlichen Umarmung" nicht erlaubt. Würde der SDS mit seiner augenblicklichen Organisationsstruktur, mit seinem bloß antiautoritären Gehabe sich zum Wahlkampf entschließen, auch mit der Beruhigung, "nur" Protestaktionen zu unterstützen, die dann die "Ohnmacht" der Linken als Klassenkampf im Parlament deklarieren, so wäre die Niederlage der Linken auch die Niederlage des SDS. Der SDS als Clqueur- Bund für parlamentarische Realpolitiker, die ihren Gotha noch einmal wiederholen wollen, diesmal nur besser, aufrechter, würde seine Möglichkeit der Ausweitung der Hochschulrevolte verspielen, gleichzeitig selbst Hindernis für sozialistische Massenaktionen werden, er würde unter die Kontrolle bürokratischer Instanzen geraten, die Engstirnigkeit und Dogmatismus für "große" Politik halten.